
SOZIALES NACHHALTIGKEITSBAROMETER DER ENERGIEWENDE 2018



Impressum

Herausgeber

Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS)
Berliner Straße 130
14467 Potsdam

Autorin

Daniela Setton

Unter Mitarbeit von:

Joscha Tomala, Ira Matuschke, Nicolas Toth-Feher, Ingo Wolf

Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS)

Projektleitung

Ortwin Renn

Kontakt

E-Mail: daniela.setton@iass-potsdam.de

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Ortwin Renn, Managing Scientific Director

Gestaltung:

Sabine Zentek

Februar 2019

DOI: 10.2312/iass.2019.002

SOZIALES NACHHALTIGKEITSBAROMETER DER ENERGIEWENDE 2018

Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse

VORWORT

Die Energiewende steht auf der Kippe. Auf der einen Seite zeigen die vorliegenden Ergebnisse des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers, dass auch im Jahr 2018 mehr als 90 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen das „Gemeinschaftswerk Energiewende“ befürworten. Und den Kohleausstieg – mittlerweile im Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ festgeschrieben – unterstützt ebenfalls die große Mehrheit der Menschen. Auf der anderen Seite brodelt es. Besonders offenkundig ist die Unzufriedenheit mit der offiziellen Energiepolitik bei unseren französischen Nachbarn, die sich als Zeichen ihres öffentlichen Protests in gelbe Warnwesten kleiden, weil sie die vom Staat eingeforderten Beiträge für mehr Klimaschutz und erneuerbare Energien nicht nachvollziehen können. Kritisch wird es immer dann, wenn die Lasten als zu hoch empfunden werden und die soziale Balance aus dem Blick gerät.

Mit dem deutschen Kohleausstieg verbunden sind milliardenschwere Transferzahlungen, um den Strukturwandel in den betroffenen Regionen und Unternehmen zu befördern. Dahinter steht der Versuch, einen sozialen Ausgleich zwischen Klimaschutz und regionalen Entwicklungschancen zu schaffen. Allerdings ist die grundsätzliche Frage nach einer sozial gerechten Umsetzung der Energiewende bislang in der Politik nur stiefmütterlich behandelt worden. Ob man diesem Ziel durch Transferzahlungen an betroffene Regionen näher kommt, ist fraglich. Die Nutznießer dieser Herangehensweise sind

klar. Aber wer trägt auf Dauer die Lasten? Und: Wird diese Art der Transformation als gerecht empfunden? Antworten auf diese Fragen stehen noch aus.

Auf jeden Fall können wir den Ergebnissen der zweiten Ausgabe des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers der Energiewende entnehmen, dass die Art und die Geschwindigkeit der Umsetzung sowie die derzeitige Verteilung der Kosten und Lasten der Energiewende von der Großzahl der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland kritisch betrachtet werden.

Im Verkehrssektor in Deutschland liegen die Dinge ähnlich: Will Deutschland seine Klimaziele erreichen, muss der Bereich weitaus höhere Beiträge leisten als heute. Wie sehr jede neue oder auch nur angedachte Maßnahme die Menschen bewegt (weil sie sich in ihrem Leben berührt fühlen), beweisen die teils sehr emotional geführten Diskussionen hierzulande. Das zeigt sich auch im Barometer: Die Elektromobilität wollen alle stärker gefördert sehen, aber ein Verbot des Verbrennungsmotors stößt auf eine breite Ablehnung.

Mit dem Barometer 2018 legen wir belastbare Ergebnisse vor, aus denen wegweisende Botschaften für die weitere Ausgestaltung der Energiewende abgeleitet werden können. Die Akteure der Energiewende – allen voran Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Unternehmen – sollten also genau hinschauen: Die Menschen haben eine hohe Sensibilität für ein zuverlässiges,

ökologisch verträgliches und sozial gerechtes Energiesystem und nachhaltigen Klimaschutz. Mit der Umsetzung der Energiewende verbinden viele Ungerechtigkeiten und Unprofessionalität. Und sie sind noch immer skeptisch, welchen Beitrag sie selber zu einer gelingenden Transformation leisten können.

Unter Federführung des IASS ist eine breite und tief gehende Wissensgrundlage für eine nachhaltige Energiewende entstanden. Die Ergebnisse zeigen: Das ist kein Selbstläufer. Mancher Akteur mag angesichts vielerorts gewachsener Skepsis verzagen oder auf ein gedrossel-

tes Tempo der Transformation dringen. dynamis hingegen hat es sich zum Ziel gesetzt, die Erkenntnisse aus dem Barometer zu nutzen, um den Menschen Angebote zu unterbreiten: in den Quartieren oder Regionen, in denen Energiewende und gesellschaftlicher Zusammenhalt gelebt werden können. Wir fordern alle, vor allem aber die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik auf, die Wahrnehmungen, Stimmungen und Eindrücke der betroffenen Menschen in Deutschland mehr zu beherzigen.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine anregende Lektüre!



Prof. Dr. Ortwin Renn



Dr. René Mono



Dr. Stephan Muschick

EINLEITUNG

Die Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz der Energiewende rückt zunehmend auf die politische Tagesordnung. Dies liegt nicht nur an den andauernden „Gelbwesten“-Protesten im Nachbarland Frankreich, bei denen Tausende gegen als unfair empfundene Benzinpreissteigerungen auf die Straßen gehen. Einer der Gründe ist auch die zunehmende Einsicht, dass Proteste und Widerstand seitens der Bevölkerung auch hierzulande weitere Fortschritte der Energiewende ernsthaft gefährden könnten.

Es ist für das Gelingen der Energiewende in der Tat entscheidend, wie beim Ringen um die richtigen Lösungen mit sozialen Zielen wie Gerechtigkeit, Beteiligung und Sozialverträglichkeit umgegangen wird. Soziale Nachhaltigkeit formuliert dafür ein positives Leitbild, bei dem es nicht allein um „Akzeptanzbeschaffung“ geht. Vielmehr werden die weitere Gestaltung und Umsetzung der Energiewende als gesamtgesellschaftliches Gemeinschaftswerk verstanden, bei dem sich alle Teile der Gesellschaft in gleichem Maße angesprochen fühlen und sich aktiv einbringen können. Dazu gehört auch eine als gerecht empfundene Verteilung der Kosten und Nutzen der Energiewende. Es geht um Teilhabe, nicht um die Duldung von Transformationsprozessen.

Die vorliegende Broschüre stellt die zweite Auswertung des jährlich erhobenen Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers der Energiewende vor. Die hier präsentierten Ergebnisse beruhen auf zwei internetbasierten, bevöl-

kerungsrepräsentativen Haushaltsbefragungen, die – in Kooperation mit dem RWI-Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung – jeweils im Sommer 2017 und 2018 im Rahmen des forsa.omninet Haushaltspanels durchgeführt wurden.² Zum ersten Mal können wir mit der vorliegenden Publikation auch Veränderungen im Zeitverlauf erfassen.

Mit dem Sozialen Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende, das 2017 erstmalig erschien¹, stellen wir eine empirisch fundierte Datenbasis für ein jährliches Monitoring bereit, um die Entwicklungen im Bereich der sozialen Dimensionen der Nachhaltigkeit in ausgewählten Kernbereichen so genau wie möglich zu erfassen. Wie denkt die Bevölkerung in Deutschland über die Energiewende und deren aktuelle Gestaltung? Welche Vorstellungen haben die Menschen von einer gerechten Energiewende? Inwieweit fühlen sie sich betroffen? Wie stark möchten sie sich beteiligen?

Das Barometer dient als ein Messgerät, das zunächst den Zustand beschreibt und die Fort- sowie Rückschritte erfasst. Zudem geben die Daten Hinweise auf bestehende oder neu aufkommende Herausforderungen und Problembereiche. Die Ergebnisse des Barometers identifizieren Handlungsfelder und Handlungsbedarfe, bei denen entsprechende politische Maßnahmen erforderlich sind. Es dient also als „Frühwarnsystem“ zur Unterstützung der politischen Entscheidungsfindung und Prioritätensetzung.

Die Konzeption des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers erfolgte mithilfe von quantitativen und qualitativen Forschungsansätzen. Als Grundlage für die Datenerhebung und -auswertung der quantitativen Befragung dienten u.a. auch fünf leitfadengestützte Gruppendiskussionen (sogenannte Fokusgruppen³) sowie drei Bürgerdialoge⁴. Die Datenauswertung der Haushaltsbefragung erfolgte mithilfe von statistischen und explorativen Analysen.

Das Barometer wird federführend erhoben vom Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) im Rahmen der Partnerschaft dynamis und in Kooperation mit dem Kopernikus-Projekt ENavi. Der von der innogy Stiftung für Energie und Gesellschaft, der 100 Prozent erneuerbar stiftung und dem IASS getragene Think-Do-Rethink-Tank dynamis wurde im Dezember 2016 gegründet.

Wir möchten den Unterstützern und Förderern ganz herzlich danken, die die Erarbeitung des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers ermöglicht haben, insbesondere dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), dem Kopernikus-Projekt ENavi sowie den beiden Partnern bei dynamis, der innogy Stiftung für Energie und Gesellschaft und der 100 Prozent erneuerbar stiftung. Unser Dank gilt auch unseren Kolleginnen und Kollegen beim IASS sowie weiteren Expertinnen und

Experten aus Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, die die Erarbeitung des Barometers mit großem Interesse und gutem Rat begleitet und unterstützt haben. Ein besonderer Dank gilt den namhaften Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Stakeholder-Dialogs vom Dezember 2018, auf dem wir erste Ergebnisse des Barometers 2018 diskutieren konnten. Dieser Austausch hat uns wichtige Impulse und Anregungen für die Interpretation und Bewertung der Ergebnisse gegeben.

Das Soziale Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende liefert eine wichtige Wissensgrundlage für die weitere Gestaltung der Energiewende. Es gibt Signale, wo politische Aufmerksamkeit erforderlich ist und wo wahrgenommene Defizite politisch angegangen werden müssen. Wir hoffen, dass die hier vorgelegten Erkenntnisse eine wichtige Hilfestellung dabei sind, um neben der technischen und wirtschaftlichen Umsetzung der Energiewende auch verstärkt die soziale Dimension der Energietransformation in den Blick zu nehmen und die aufgezeigten Handlungsbedarfe beherzt anzugehen.

Potsdam, den 11. Februar 2019

Daniela Setton und Ortwin Renn

Informationen zur Datenerhebung:

	2017	2018
Erhebungszeitraum	15. Juni – 23. Juli	1. August – 11. September
Grundgesamtheit	Privathaushalte in der Bundesrepublik Deutschland; befragt wurde diejenige Person im Haushalt, die – allein oder gemeinsam mit dem Partner – entscheidet, wenn es um finanzielle Dinge geht.	
Stichprobengröße	7.843 Haushalte	6.594 Haushalte Zusätzliche Aufstockung um 307 Haushalte (Sonderstichprobe <i>Lausitz</i>)
Auswahlverfahren	Mehrstufige Zufallsauswahl im Rahmen des forsa.omninet-Panels	

ÜBERSICHT ÜBER DIE ZENTRALEN ERGEBNISSE

MONITORINGVARIABLEN: Allgemeine Zustimmung zur Energiewende, Bewertung der Umsetzung und von Parteien und Bundesregierung, Zustimmung zu Energiewendezielen

1. Zustimmung zur Energiewende weiterhin hoch



Die Energiewende ist in allen gesellschaftlichen Gruppen mehrheitlich als Zielsetzung fest verankert und positiv besetzt. Die Politik kann weiterhin mit einer breiten Unterstützung für eine zielgerechte Umsetzung der Energiewende rechnen.

2. Kritik an der Umsetzung der Energiewende hat zugenommen



Das Urteil der Bevölkerung über die Umsetzung der Energiewende fällt im Hinblick auf Kosten, politisches Management, Bürgernähe und Gerechtigkeit sowie in der Gesamtbilanz deutlich negativer aus als noch im Jahr 2017.

3. Unzufriedenheit mit der Energiewende-Politik der Bundesregierung gestiegen



Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist parteiübergreifend mit der Energiewende-Politik unzufrieden. Als Hauptkritikpunkte geben die meisten Befragten die Wahrnehmung eines nicht ausreichenden Klimaschutzes und einer sozialen Schiefelage bei den Verteilungswirkungen der Energiewende an.

4. Gesunkenes Vertrauen in Kompetenz der Parteien – nur Grüne legen zu



Das Zutrauen in die politischen Verantwortlichen, die Energiewende überzeugend zu gestalten, ist eher gering und im Vergleich zur Erhebung 2017 insgesamt gesunken – insbesondere bei den Regierungsparteien. Bündnis 90/Die Grünen stehen in Sachen zugeschriebener Energiewendekompetenz klar an der Spitze.

5. Bundesweit unverändert Mehrheit für Kohleausstieg – aber in Braunkohleländern nimmt Skepsis zu



Der Kohleausstieg gehört inzwischen zum festen Bestandteil des Konsenses zur Energiepolitik in Deutschland, auch in den besonders betroffenen Braunkohleländern. In der Braunkohleregion Lausitz überwiegt aber eine kritische Haltung.

Legende:

Rot: Entwicklung zeigt sehr problematische Richtung, starker Handlungsbedarf.

Orange: Entwicklung zeigt problematische Richtung, es besteht Handlungsbedarf.

Gelb: Entwicklung muss beobachtet werden, Gegensteuern erforderlich.

Grün: Entwicklung ist positiv zu bewerten.

Grün: Entwicklung ist sehr positiv zu bewerten.

EINSTELLUNGEN UND PRÄFERENZEN BEIM KLIMASCHUTZ: Umgang mit Klimazielen, CO₂-Preise und Ende des Verbrennungsmotors



6. Mehrheit steht hinter Klimaschutzzielen – will aber Rücksichtnahme auf Industrie und betroffene Regionen	Die Deutschen stehen mit großer Mehrheit hinter den Klimaschutzzielen für 2020, auch in den Braunkohleländern. Mehrheitlich wird jedoch für richtig befunden, den Regionen und der Industrie mehr Zeit für die Umstellung zu lassen.
7. Mehrheit befürwortet CO ₂ -Preise – aber die meisten wollen dafür Entlastung	Moderat steigende Energiepreise für mehr Klimaschutz sind für eine Mehrheit gerechtfertigt. Doch die Einführung von CO ₂ -Preisen dürfte nur mit einem überzeugenden und sichtbaren Kompensationsmechanismus ausreichend Akzeptanz finden.
8. Verhaltene Zustimmung zur Elektromobilität	Der Ausbau der Elektromobilität wird von der Hälfte der Bevölkerung befürwortet, und fällt damit nicht so hoch aus wie bei den anderen Energiewendezielen. Eine deutliche Mehrheit lehnt aber den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor bis 2030 ab.

AUSBAU VON SOLAR- UND WINDANLAGEN: Betroffenheit und Akzeptanz

9. Solar-Dachanlagen: mit Abstand am beliebtesten unter den erneuerbaren Technologien	Die Dach-Solaranlagen haben mit Abstand die höchsten Zustimmungswerte und sind zugleich am stärksten im Wohnumfeld der deutschen Bevölkerung präsent. Der weitere Ausbau der Windenergie stößt bei geringerer Präsenz im Wohnumfeld stärker auf Skepsis.
10. Anzahl der Windanlagen im Wohnumfeld zentraler Faktor für Akzeptanz vor Ort	Auch bei großer Betroffenheit von Windanlagen im unmittelbaren Wohnumfeld fühlen sich die Menschen mehrheitlich nicht davon gestört. Die Akzeptanz sinkt aber deutlich, wenn sich die Anlagen in geringer Entfernung vom Wohnhaus stark häufen.
11. Knappe Mehrheit findet: Bürgerbeteiligung wichtiger als schneller Windausbau.	Die Bevölkerung steht mit einer knappen Mehrheit hinter dem Windausbau an Land. Gleichzeitig ist fast der Hälfte der Bevölkerung wichtig, dass dieser Ausbau nicht gegen das Anliegen der vor Ort betroffenen Anwohner durchgesetzt wird, selbst wenn dadurch der Ausbau verzögert wird.

MITWIRKUNG DER BEVÖLKERUNG: Prosumer und Digitalisierung

12. Mitwirkung als „Prosumer“: Wohnsituation ist entscheidend	Bisher hat nur ein kleiner Anteil der Bevölkerung in eine eigene Wind- und Solaranlage investiert, insbesondere Hausbesitzer im Eigenheim. Für die Mehrheit kommt dies nicht infrage. Die meisten sehen dafür aufgrund ihres Mietverhältnisses keine Möglichkeiten.
13. Flexibilität beim Stromverbrauch, aber wenig Interesse an flexiblen Tarifen	Bei der Nutzung von Waschmaschine und Geschirrspüler geben die Haushalte an, flexibel beim Stromverbrauch zu sein, um z.B. auf Preisänderungen beim Strom zu reagieren. Das Interesse an der Nutzung flexibler Tarife ist aber gering.



1 | ZUSTIMMUNG ZUR ENERGIEWENDE WEITERHIN HOCH

90%⁵ (+2)⁶ der Bevölkerung⁷ befürworten die Energiewende⁸, quer durch alle Bildungs-, Einkommens⁹- und Altersgruppen, gleichermaßen auf dem Land wie in den Städten. Mehr als **94%** der Anhänger¹⁰ von CDU/CSU, SPD, Linke und Bündnis 90/Die Grünen und **87%** der FDP- sowie **62%** (+2) der AfD-Anhänger befürworten die Energiewende.

80% der Bevölkerung sehen die Energiewende als **Gemeinschaftsaufgabe, zu der jeder in der Gesellschaft einen Beitrag leisten sollte**. Dies ist eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahresergebnis (+5). Dem stimmen auch **76%** (+6) der einkommensschwächeren Haushalte zu.

3% (keine Veränderung) der Bevölkerung halten die Energiewende für falsch („Energiewendegegner“). Fast jeder fünfte AfD-Anhänger (**23%**, +1) und **6%** der FDP-Anhänger lehnen die Energiewende ab.

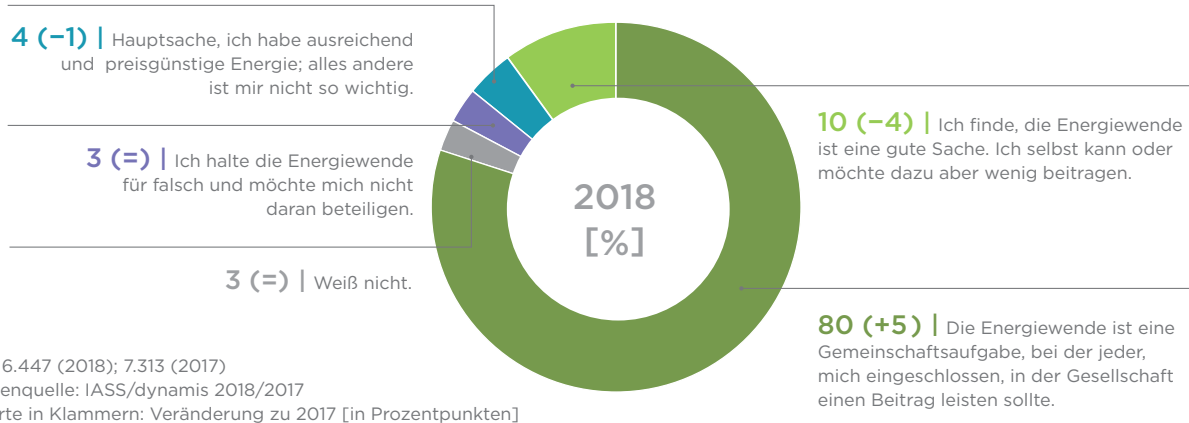
Die Bevölkerung im Lausitzer Braunkohlerevier (Brandenburg/Sachsen) befürwortet mit großer Mehrheit (83%) die Energiewende. Darin enthalten sind **73%**, die die Energiewende als Gemeinschaftswerk sehen. In der Lausitz liegt der Anteil derjenigen höher, die die Energiewende für falsch halten (**9%**). In Brandenburg sind dies insgesamt nur **3%** und in Sachsen **7%**.



Quer durch alle Bevölkerungsschichten und politischen Lager besteht Einigkeit bei der Befürwortung der Energiewende. Die Energiewende ist in allen gesellschaftlichen Gruppen mehrheitlich als Zielsetzung fest verankert und positiv besetzt. Es steigt sogar der Anteil derjenigen leicht an, die die Energiewende als Gemeinschaftsaufgabe begreifen und sich und alle anderen auch als Beteiligte wahrnehmen. Auch die Bevölkerung der Lausitz, die derzeit als Braunkohlerevier vor großen strukturpolitischen Herausforderungen steht, befürwortet die Energiewende mit einer deutlichen Mehrheit. Die AfD – und eingeschränkt auch die FDP – ist die einzige Partei, die einen verhältnismäßig großen Anteil der Bürgerinnen und Bürger anspricht, die die Energiewende ablehnen. Mehrheitlich stehen jedoch auch die AfD-Anhänger hinter der Energiewende. **Die Politik kann also weiterhin mit einer breiten Unterstützung für eine zielgerechte Umsetzung der Energiewende rechnen.**

MEHR MENSCHEN SEHEN ENERGIEWENDE ALS GEMEINSCHAFTSWERK

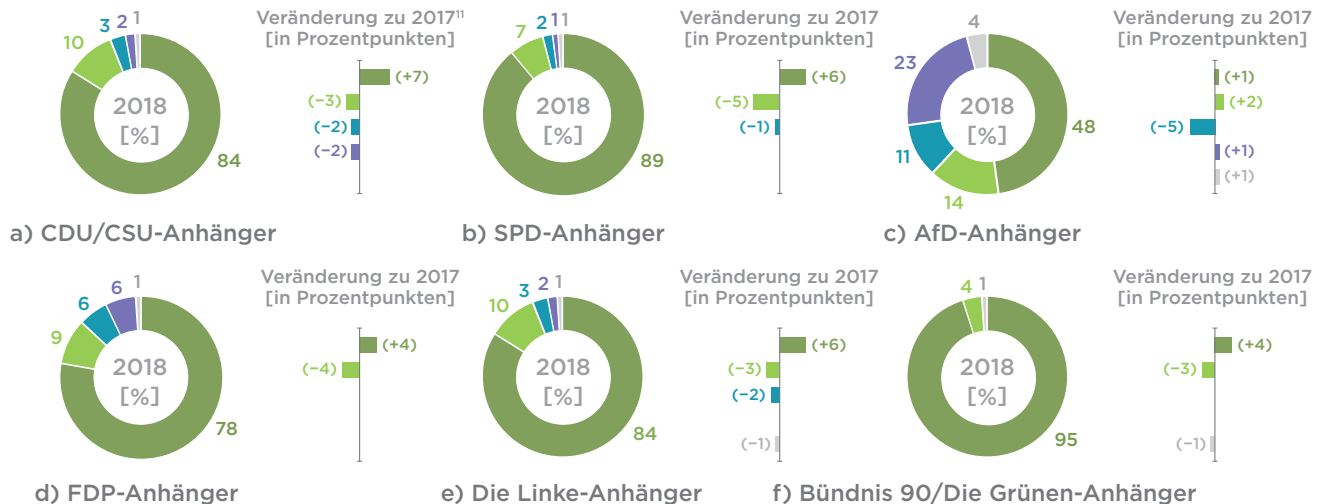
Wenn Sie an Ihren persönlichen Beitrag für die Energiewende denken, welche der folgenden Aussagen trifft am ehesten auf Sie zu?



n = 6.447 (2018); 7.313 (2017)
 Datenquelle: IASS/dynamis 2018/2017
 Werte in Klammern: Veränderung zu 2017 [in Prozentpunkten]

Parteiübergreifend große Mehrheit für die Energiewende

Einstellungen zum persönlichen Beitrag zur Energiewende nach Parteipräferenz



a) n = 1.363 (2018); 1.413 (2017), b) n = 1.183 (2018); 1.218 (2017), c) n = 290 (2018); 197 (2017), d) n = 222 (2018); 211 (2017), e) n = 462 (2018); 413 (2017), f) n = 567 (2018); 457 (2017) | Datenquelle: IASS/dynamis 2018/2017



2 | KRITIK AN DER UMSETZUNG DER ENERGIEWENDE HAT ZUGENOMMEN

47 % der Befragten bewerten die Entwicklung der Energiewende in Deutschland unterm Strich als schlecht, dies ist eine deutliche Steigerung um 14 Prozentpunkte. Nicht einmal mehr jeder Dritte (**31 %**, -11) zieht eine positive Bilanz.

Die Wahrnehmung einer „teuren Energiewende“ ist einkommensübergreifend bei drei Vierteln der Bevölkerung (**75 %**, +9) vorhanden und bei den AfD- und den FDP-Anhängern mit jeweils **88 %** (+ 4, +13) deutlich erhöht.

Immer mehr Befragte (**60 %**, +9) sind der Meinung, die Energiewende in Deutschland verlaufe chaotisch, was auch mehrheitlich von den Anhängern von CDU/CSU (**54 %**, +5) und SPD (**58 %**, +9) so gesehen wird.

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung (**51 %**, +4) empfindet die Energiewende als ungerecht, nur jeder Fünfte (**21 %**) sieht sie als gerecht an. Bei einkommensschwächeren Haushalten ist dies mit **55 %** (+7) etwas stärker ausgeprägt als bei den höheren Einkommensgruppen. **58 %** (+5) der Ostdeutschen beurteilen die Energiewende als ungerecht, bei den Westdeutschen ist dieser Anteil mit **49 %** (+1) geringer.

47 % (+6) der Befragten sieht die Energiewende als elitär an, nur jeder Fünfte (**19 %**, -1) als bürgernah. Auch bei den Bürgerinnen und Bürgern, die bereits in eine eigene Solar- oder Windanlage investiert haben, überwiegt die kritisch Sicht (**46 %**, +7), nur **20 %** (-3) verbinden die Energiewende mit Bürgernähe.

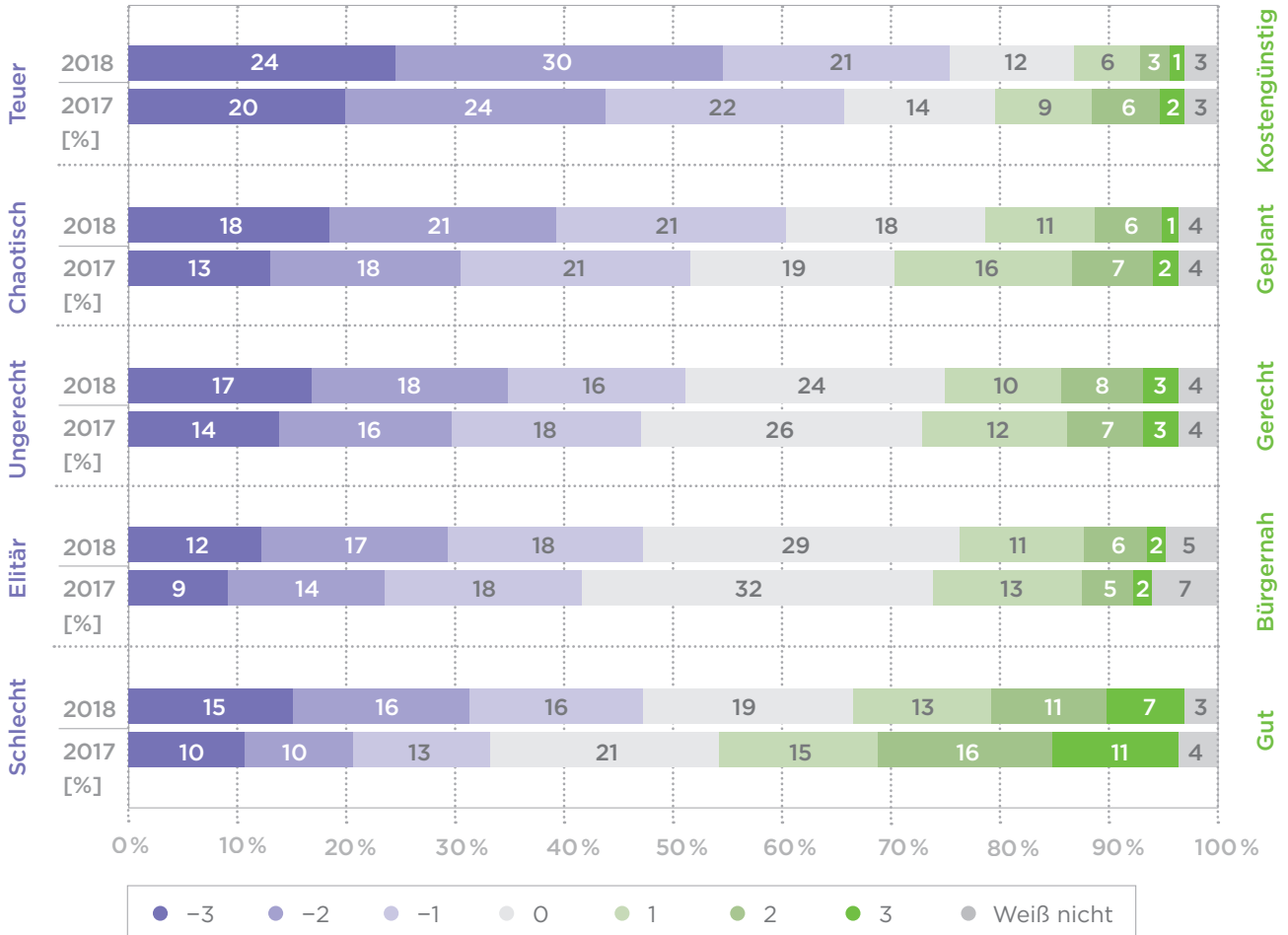


Obwohl die allgemeinen Zustimmungswerte zur Energiewende auf sehr hohem Niveau bleiben, fällt das Urteil der Bevölkerung über deren Umsetzung deutlich negativer aus als bei der letzten Erhebung im Jahr 2017. Die kritische Einschätzung hat in allen für die soziale Nachhaltigkeit relevanten Aspekten wie Gerechtigkeit, Bürgernähe, Kosten und politisches Management um mehrere Prozentpunkte zugenommen. Auch die Gesamtbewertung der Umsetzung ist 2018 erstmals mehrheitlich negativ. Angestiegen ist dabei insbesondere die stark negative Bewertung (minus drei bis minus zwei). Wenn diese Wahrnehmung anhält oder sich sogar noch weiter verstärken sollte, könnte es **trotz der hohen grundsätzlichen Befürwortung des Gesamtprojekts zunehmend schwieriger werden, die nötige Zustimmung für konkrete Maßnahmen zur Förderung und Umsetzung der Energiewende in Deutschland zu erhalten**. Dies gilt insbesondere dann, wenn damit weitreichendere Umverteilungseffekte einhergehen.

MEHRHEIT FINDET ENERGIEWENDE TEUER UND CHAOTISCH

Bewertung der Energiewende in Deutschland anhand von Gegensatzpaaren*

Im Folgenden sehen Sie eine Liste mit verschiedenen Eigenschaftspaaren. Bitte markieren Sie jeweils, wie Sie ganz spontan die Energiewende in Deutschland bewerten würden.



n = 7.410 (2017); n = 6.533; 6.534; 6.534; 6.535; 6.533 (2018) | Datenquelle: IASS/dynamis 2018/2017

* Die Auflistung der Gegensatzpaare wurde entsprechend der Stärke der Ausprägung der Negativwerte vorgenommen (bis auf das Gegensatzpaar schlecht-gut) und unterscheidet sich insofern von der Reihenfolge im Barometer 2017.



3 | UNZUFRIEDENHEIT MIT DER ENERGIEWENDE-POLITIK DER BUNDESREGIERUNG GESTIEGEN

Mehr als die **Hälfte der Bevölkerung (61%, +12)** ist mit der Politik der Bundesregierung unzufrieden, wenn es um die Umsetzung der Energiewende geht. Diese Unzufriedenheit ist gleichermaßen in Ost- und Westdeutschland vorhanden und in allen politischen Lagern mehrheitlich ausgeprägt, besonders stark bei der AfD **(84%)**.

Mit **58%** gibt der größte Teil der Befragten eine **zu langsame Umsetzung und damit fehlende Wirksamkeit beim Klimaschutz** als einen der wichtigsten Gründe für ihre Unzufriedenheit mit der Bundesregierung an. Dieser Kritikpunkt ist in Westdeutschland **(61%)** stärker als in Ostdeutschland **(48%)** ausgeprägt und bei den einkommensstärkeren Haushalten **(66%)** im Vergleich zu den einkommensschwächeren **(55%)** häufiger vorzufinden.

Knapp mehr als die Hälfte **(52%)** sieht **die soziale Gerechtigkeit nicht ausreichend berücksichtigt**. Die Ostdeutschen kritisieren dies häufiger **(60%)** als die Westdeutschen **(50%)**, die einkommensschwächeren **(60%)** häufiger als die einkommensstärkeren Haushalte **(38%)**.

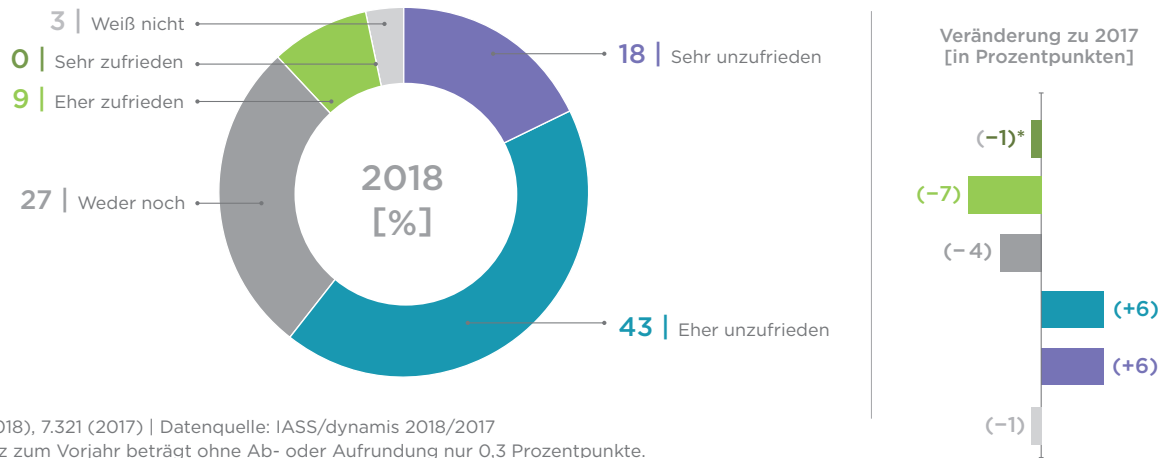
An dritter Stelle in der Kritik an der Bundespolitik stehen mit **41%** zu hohe Kosten. **Für eine Mehrheit von 59%** zählen zu hohe Kosten nicht zu den drei wichtigsten Gründen für ihre Unzufriedenheit mit der Bundesregierung.¹²



Die verbreitete kritische Bewertung der Umsetzung der Energiewende geht mit einer hohen und gestiegenen Unzufriedenheit mit der Energiewende-Politik der Bundesregierung einher, die weit bis in die Anhänger der Regierungsparteien hineinreicht. Die Hauptgründe dafür sind aufschlussreich: am meisten Sorgen bereiten den Deutschen zu wenige Fortschritte beim Klimaschutz sowie die Wahrnehmung einer sozialen Schieflage bei der Energiewende. **Obwohl eine große Mehrheit der Bevölkerung die Energiewende als teuer ansieht, werden zu hohe Kosten mehrheitlich nicht als Hauptkritikpunkt gewählt. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit sind für die Bevölkerung offenbar wichtiger.** Auffällig ist, dass diese beiden Präferenzen für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit in verschiedenen Bevölkerungsgruppen (Ost/West und Einkommen) unterschiedlich stark ausgeprägt sind. **Beide Anliegen sind gleichermaßen relevant für die weitere Umsetzung der Energiewende.**

BUNDESREGIERUNG KANN GROSSTEIL DER BEVÖLKERUNG BEI ENERGIEWENDE NICHT ÜBERZEUGEN

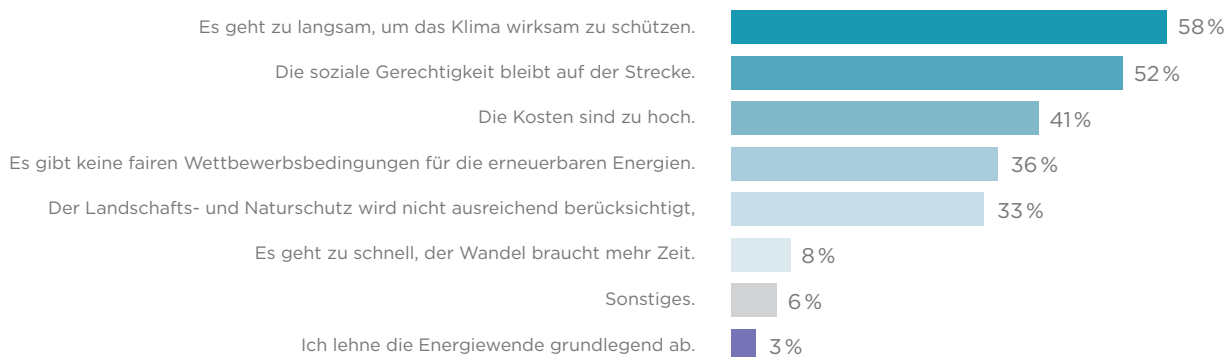
Wenn Sie einmal daran denken, wie die Energiewende umgesetzt wird, wie zufrieden sind Sie diesbezüglich mit der Politik der Bundesregierung?



ZU WENIG KLIMASCHUTZ UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

Frage an diejenigen, die mit der Politik der Bundesregierung sehr oder eher unzufrieden sind:

Was stört Sie am meisten an der Umsetzung der Energiewende durch die Bundesregierung? (maximal drei Mehrfachnennungen möglich)





4 | GESUNKENES VERTRAUEN IN KOMPETENZ DER PARTEIEN – NUR GRÜNE LEGEN ZU

Erneut kann keine der im Bundestag vertretenen politischen Parteien die Bevölkerung bei der Umsetzung der Energiewende mehrheitlich überzeugen: **Fast jeder Dritte (31%) ist von keiner der Parteien überzeugt, wenn es um Lösungen für die Energiewende geht.** Dies ist eine Steigerung um acht Prozentpunkte. Jeder Fünfte hat dazu keine Meinung (**17%**, -4).

Von denen, die finden, dass **keine Partei die besten Konzepte zur Energiewende hat**, sind **79%** (-3) mit der Energiewende-Politik der Bundesregierung unzufrieden¹³.

Etwa jeder Vierte (27%) der Befragten findet, dass Bündnis 90/Die Grünen in Sachen Energiewende die besten Konzepte haben, dies ist ein Plus von sieben Prozentpunkten. Alle anderen Parteien sind weit abgeschlagen bei teils deutlich unter **10%**. Insbesondere die CDU/CSU erlitt einen spürbaren Einbruch bei der Wahrnehmung ihrer Kompetenz (-6).

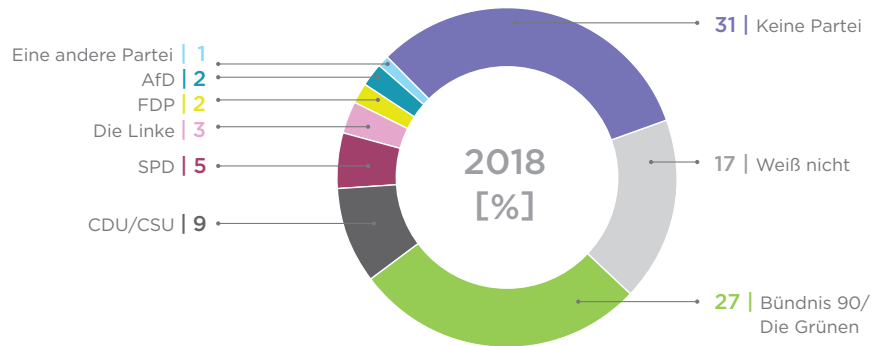
Bündnis 90/Die Grünen können erneut als einzige Partei den größten Anteil **ihrer eigenen Anhänger (78%, +4) und teils auch den anderer Parteien von ihrer Energiewende-Kompetenz überzeugen.** Alle anderen Parteien schaffen dies nicht einmal bei der Hälfte. Beide Regierungsparteien verlieren zudem Vertrauen im eigenen politischen Lager, besonders dramatisch ist es bei CDU/CSU mit einem Einbruch um 18 Prozentpunkte auf **33%**.



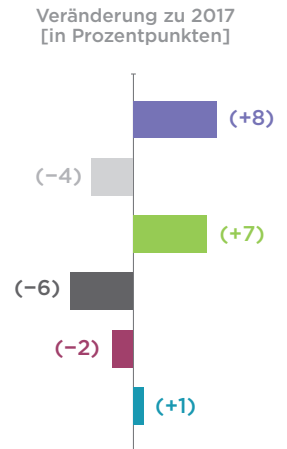
Der in der Bevölkerung wahrgenommene Kompetenzverlust der Parteien zeigt, dass das Zutrauen in die politischen Verantwortlichen, die Energiewende überzeugend zu gestalten, gering ist. Dies ist auch im Vergleich zu anderen Politikfeldern auffällig. Bündnis 90/Die Grünen stehen in Sachen Energiewendekompetenz zwar klar an der Spitze, allerdings ist der „grüne Markenkern“ nur für jeden Vierten überzeugend. Die Veränderungen von 2017 zu 2018 spiegeln sicherlich den generellen Vertrauensverlust der Bevölkerung in die politischen Parteien und die generelle Unzufriedenheit mit den Regierungsparteien wider. **Die Bundesregierung ebenso wie die Oppositionsparteien müssen mehr tun, um überzeugende und voneinander unterscheidbare Konzepte für die Gestaltung der Energiewende zu erarbeiten und diese im politischen Diskurs glaubwürdig zu vertreten.** Die Energiewende ist nicht nur eine „Managementaufgabe“, sondern im Kern eine umfassende gesellschaftspolitische Herausforderung. Dem müssen alle Parteien Rechnung tragen.

KOMPETENZWERTE BEI DEN GRÜNEN AM HÖCHSTEN

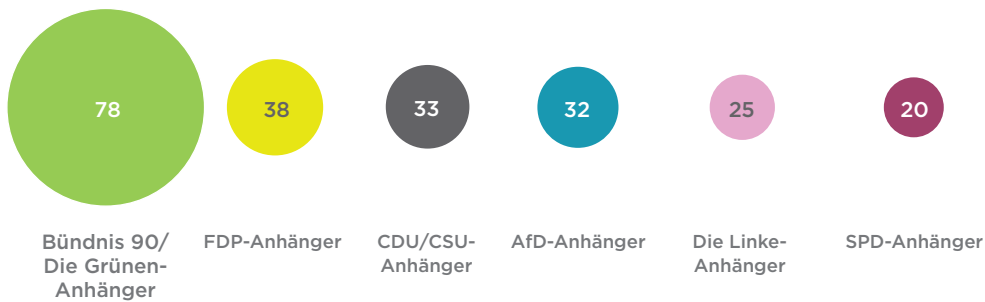
Welche Partei hat aus Ihrer Sicht die besten Konzepte zur Umsetzung der Energiewende?



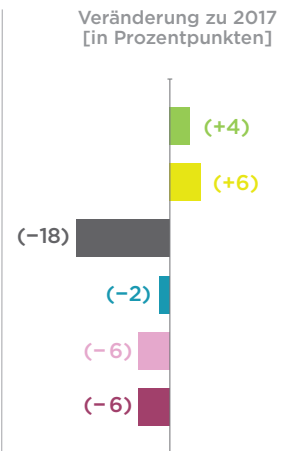
n = 6.461 (2018), 7.321 (2017)
 Datenquelle: IASS/dynamis 2018/2017
 Ohne: keine Angabe (3%)



Anteil der jeweiligen Parteianhnger, die der eigenen Partei die besten Konzepte für die Energiewende zuschreiben.



[%] n = 4.328 (2018); 4.307 (2017)
 Datenquelle: IASS/dynamis 2018/2017





5 | BUNDESWEIT UNVERÄNDERT MEHRHEIT FÜR KOHLEAUSSTIEG – ABER IN BRAUNKOHLE-LÄNDERN NIMMT SKEPSIS ZU

Bundesweit ist die **Zustimmung zum Kohleausstieg mit knapp zwei Dritteln der Bevölkerung (64 %, +1) erneut hoch** und liegt damit gleichauf mit dem Atomausstieg (64 %, -4). In den östlichen Bundesländern (inkl. Berlin) ist die Befürwortung des Kohleausstiegs geringer (51% zu 67% West) und die Ablehnung leicht erhöht (18% zu 11% West).

Anhänger aller Parteien außer der AfD (31%, -11) sind mehrheitlich für den Kohleausstieg. Die größte Zustimmung findet er unter den Partei-Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen (91%) und der SPD (72%, -2). Bei Anhängern von CDU/CSU liegt die Zustimmung bei 60% (-1).

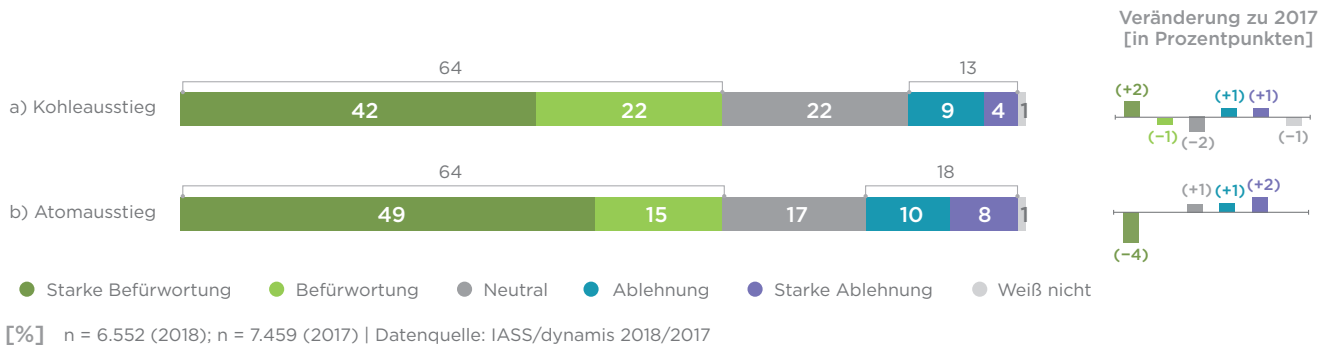
In allen vier **Bundesländern mit Braunkohletagebauen und -kraftwerken¹⁴ spricht sich auch 2018 eine Mehrheit der Befragten für den Kohleausstieg aus.** Mit 62% (+2) ist die Zustimmung in NRW besonders hoch, in den drei ostdeutschen Braunkohleländern liegt sie deutlich niedriger (zwischen 43% und 46%). Gleichzeitig ist die Ablehnung des Kohleausstiegs in allen vier Ländern zwischen zwei und neun Prozentpunkten angestiegen.

Eine relative **Mehrheit von 43% der Bevölkerung in der zweitgrößten deutschen Braunkohleregion Lausitz¹⁵** (Südbrandenburg und nordöstliches Sachsen) lehnt den Kohleausstieg ab, nur jeder Vierte dort (27%) befürwortet ihn.

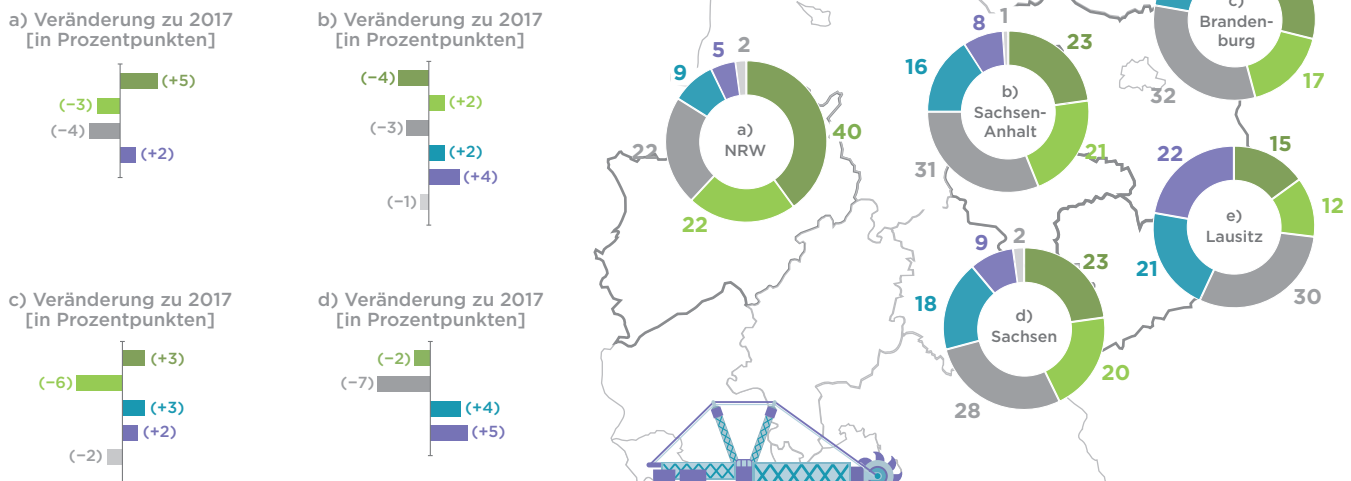


Die Zustimmungswerte zum Kohleausstieg sind bundesweit weiterhin hoch, auch wenn es durch die Arbeit der im Juni 2018 von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Wachstum, Beschäftigung und Entwicklung“ (sogenannte Kohlekommission) zu einem konfliktreichen Ringen um die Ausstiegsbedingungen aus der Kohle gekommen ist. **Der Kohleausstieg gehört inzwischen ebenso wie der Atomausstieg zum festen Bestandteil des Konsenses zur Energiepolitik in Deutschland. Die Bemühungen um eine politische Entscheidungsfindung zum Ausstieg aus der Kohlenutzung werden vom Großteil der Bevölkerung unterstützt.** Auf Ebene der vom Braunkohleausstieg betroffenen Regionen und Bundesländer zeigt sich jedoch ein etwas differenzierteres Bild: die Mehrheit ist für den Kohleausstieg, aber die Ablehnung ist gestiegen. **In der zweitgrößten deutschen Braunkohleregion, der Lausitz, ist eine relative Mehrheit gegen den Kohleausstieg. Damit ist die Skepsis in den betroffenen Regionen deutlich stärker ausgeprägt als im Landes- und Bundesdurchschnitt.**

AUSSTIEGSZIELE: WEITERHIN HOHE ZUSTIMMUNGSWERTE



ABLEHNUNG DES KOHLEAUSSTIEGS IN DEN OST-BRAUNKOHLELÄNDERN GESTIEGEN



[%] 2018: a: n = 1.305; b: n = 209; c: n = 226; d: n = 356; e: n = 419; 2017: a: n = 1.429; b: n = 266; c: n = 278; d: n = 401
 Daten zur Lausitz wurden im Jahr 2018 erstmalig erhoben, so dass keine Vergleichswerte zum Jahr 2017 dargestellt werden können.
 Datenquelle: IASS/dynamis 2018/2017

6 | MEHRHEIT STEHT HINTER KLIMASCHUTZZIELEN – WILL ABER RÜCKSICHTNAHME AUF INDUSTRIE UND BETROFFENE REGIONEN

Eine große Mehrheit von **87 %** der Bevölkerung steht grundsätzlich hinter den deutschen Klimaschutzzielen bis 2020 und will diese nicht aufgeben, auch wenn sie voraussichtlich verfehlt werden. Dies gilt alters-, einkommens- und parteiübergreifend.

Die Hälfte (**51 %**) der Befragten möchte den betroffenen Regionen und der Industrie jedoch auch Zeit für den Umbau einräumen und findet dafür eine zeitliche Streckung der Klimaziele 2020 akzeptabel. Knapp über einem Drittel (**36 %**) ist es demgegenüber wichtiger, dass die Bundesregierung die Priorität auf schnellen Klimaschutz legt und unbedingt dafür sorgt, dass die Ziele noch erreicht werden.¹⁶

Einen klaren Vorrang für den Erhalt von Arbeitsplätzen vor der Erreichung der Klimaschutzziele sehen **10 %** der Bevölkerung. Diese Gruppe empfindet die Energiewende in Deutschland im Vergleich zum Durchschnitt (**51 %**) häufiger ungerecht (**61 %**).

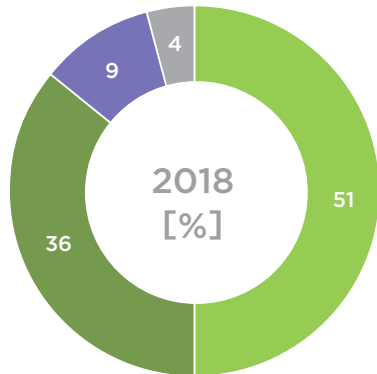
Auch in den Braunkohleländern hält eine große Mehrheit der Bevölkerung die Klimaschutzziele grundsätzlich für wichtig. In den Ost-Braunkohleländern ist jedoch der Anteil der Befragten, für den der Erhalt von Arbeitsplätzen klaren Vorrang vor Klimaschutz hat (**18 %**), im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (**10 %**) erhöht. In der Lausitz werden die Klimaschutzziele von über zwei Dritteln (**76 %**) befürwortet, **58 %** ziehen dabei eine zeitliche Streckung vor.



Ein Großteil der Bevölkerung steht grundsätzlich hinter den deutschen Klimaschutzzielen für 2020, auch in den Braunkohleländern. Bei der Frage, welche Bedeutung der Klimaschutz im Verhältnis zu anderen gesellschaftspolitischen Zielen (wie z. B. den Erhalt von Arbeitsplätzen) haben sollte, zeigt sich jedoch in der Bevölkerung ein differenzierteres Bild. Schneller Klimaschutz hat zwar bei etwas mehr als einem Drittel der Bevölkerung Vorrang vor anderen gesellschaftspolitischen Anliegen. Mehrheitlich wird aber für richtig befunden, die Geschwindigkeit beim Klimaschutz aufgrund von sozialen Belangen in den Regionen zu drosseln. Sprich: der größte Anteil der Deutschen will beides gleichermaßen: Klimaschutz und sozialen Ausgleich. **Das heißt, bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen sollten die damit einhergehenden Belastungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen oder Regionen möglichst gering gehalten bzw. abgemildert werden.**

KLIMASCHUTZ JA - ABER NICHT UM JEDEN PREIS

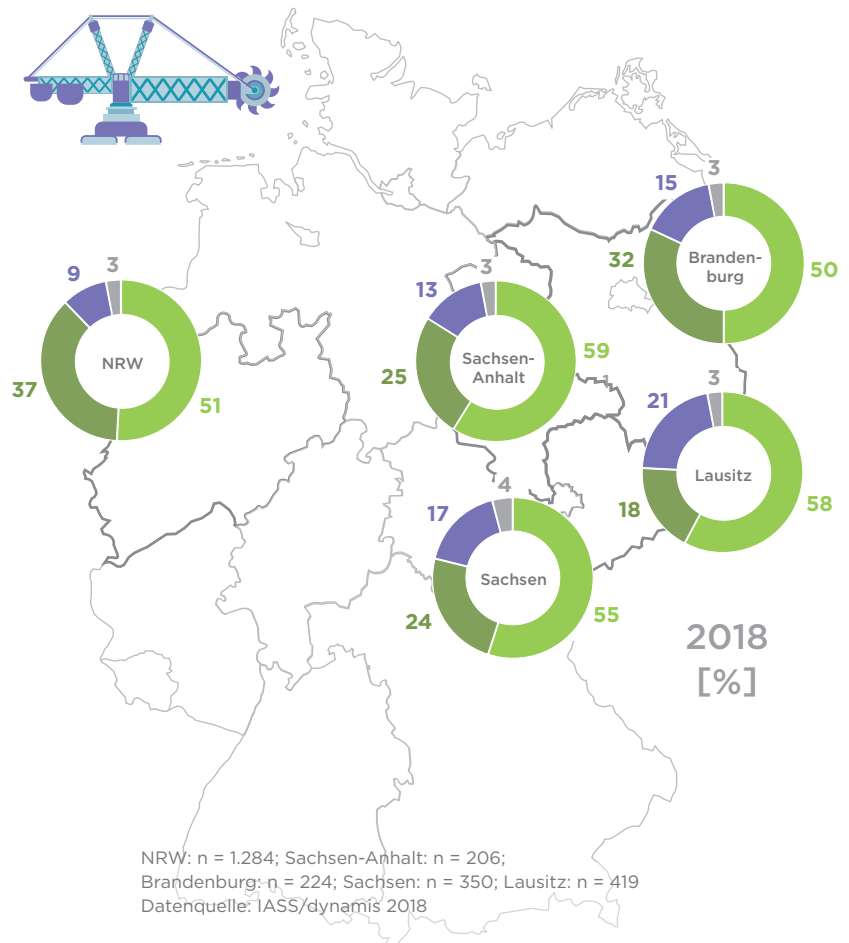
Es zeichnet sich ab, dass Deutschland das Klimaschutzziel für 2020 nicht erreichen wird. Voraussichtlich wird es nicht gelingen, bis dahin klimaschädliche Emissionen in ausreichendem Maße zu reduzieren. Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie am ehesten zu?



n = 6.455
Datenquelle: IASS/dynamis 2018

- Die Bundesregierung sollte durch zusätzliche Anstrengungen unbedingt dafür sorgen, dass die angestrebten Klimaziele so schnell wie möglich erreicht werden, auch wenn dadurch einzelne Industriezweige (Braunkohle, Automobil etc.) oder Regionen negativ belastet werden, z. B. durch Arbeitsplatzverluste.
- Die Bundesregierung sollte die Klimaziele nicht aufgeben, aber zeitlich strecken, damit Industrie und Regionen mehr Zeit haben, um sich umzustellen.
- Die Bundesregierung sollte nicht starr an den Klimazielen festhalten. Der Erhalt von Arbeitsplätzen muss Vorrang vor dem Klimaschutz haben.
- Weiß nicht.

Auch in Braunkohleländern steht große Mehrheit hinter Klimaschutzzielen



7 | MEHRHEIT BEFÜRWORTET CO₂-PREISE - ABER DIE MEISTEN WOLLEN DAFÜR ENTLASTUNG

Eine Mehrheit der Bevölkerung (**54 %**) hält moderat steigende Energiepreise für mehr Klimaschutz grundsätzlich für gerechtfertigt. Diese Haltung ist bei den einkommensstärkeren Haushalten weiter verbreitet (**68 %**) als bei einkommensschwächeren Haushalten (**47 %**). Jeder Fünfte (**22 %**) sieht moderate Preissteigerungen zugunsten des Klimaschutzes jedoch als nicht gerechtfertigt an.

28 % der Befragten sind bereit, aus Klimaschutzgründen mehr für das Autofahren oder Fliegen zu zahlen.

Bei den einkommensstärkeren Haushalten liegt dieser Anteil fast doppelt so hoch (**45 %**) wie bei den einkommensschwächeren Haushalten (**23 %**).

Fast die Hälfte (**46 %**) findet es nur dann akzeptabel, mehr für Klimaschutz in der Wärmeversorgung oder der Mobilität zu zahlen, wenn es dafür an anderer Stelle Entlastungen gibt.¹⁷ Für **13 %** ist eine klimabedingte Preissteigerung aus dem Grund nicht akzeptabel, weil sie sich das nicht leisten können. Eine grundsätzlich ablehnende Haltung nehmen dazu **12 %** ein.

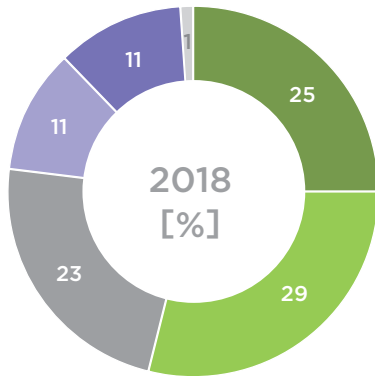
Der Wunsch nach einer Entlastung im Gegenzug für klimaschutzbedingte Energiepreiserhöhungen ist bei den Autobesitzern deutlich höher (**48 %**) als bei Personen, die kein Auto besitzen (**31 %**). Anteilig wollen mehr Haushalte mit mittlerem Einkommen (**50 %**) eine Kompensation als einkommensschwächere (**41 %**) und einkommensstärkere Haushalte (**39 %**).



Die Einführung einer CO₂-Bepreisung wird inzwischen von vielen Vertreterinnen und Vertretern aus Verbänden, Organisationen, Wissenschaft und Politik als zentrales Instrument für die Erreichung der Klimaschutzziele gefordert. Doch allen Klimaschutz-Bekennnissen zum Trotz ist die Bereitschaft, im Alltag spürbar mehr für Klimaschutz zu zahlen, bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht vorhanden. Dies betrifft nicht nur einkommensschwächere Haushalte, sondern besonders auch die „Mitte“ der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund dürfte die Einführung von CO₂-Preisen nur mit einem für die Mehrheit überzeugenden und sichtbaren Ausgleichs- oder Kompensationsmechanismus ausreichend Akzeptanz finden. Mindestens genauso wichtig ist es allerdings, dass für alle Einkommensgruppen im Alltag praktikable, bezahlbare und leicht zugängliche Handlungsalternativen zum Verbrauch fossiler Energien geschaffen werden.

MEHRHEIT FINDET MODERATE ENERGIEPREISSTEIGERUNGEN FÜR MEHR KLIMASCHUTZ GERECHTFERTIGT

Inwieweit finden Sie es gerechtfertigt, dass Energiepreise moderat steigen, wenn dadurch das Klima besser geschützt wird?

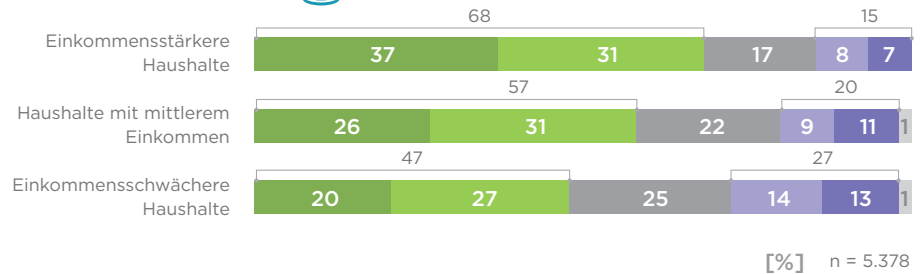


n = 6.485

Datenquelle: IASS/dynamis 2018



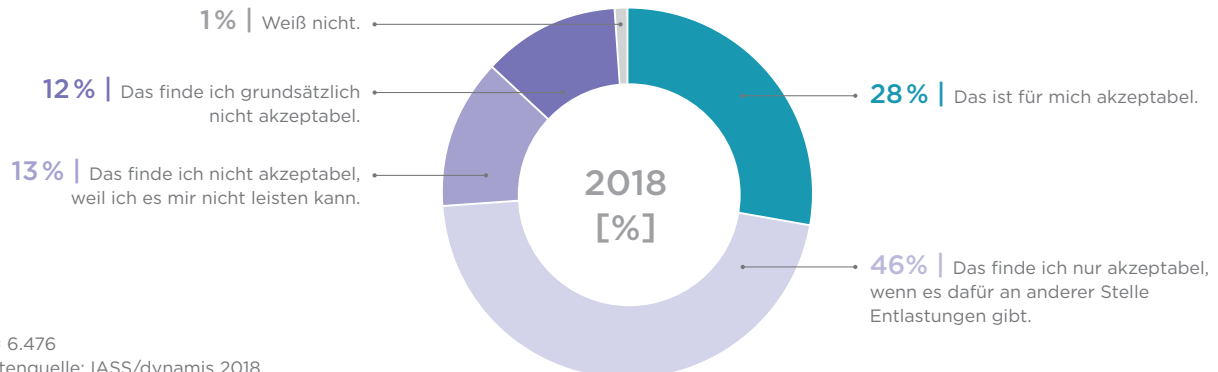
nach Einkommen:



● Finde ich gerechtfertigt.
 ● Finde ich eher gerechtfertigt.
 ● Unentschieden.
● Finde ich eher nicht gerechtfertigt.
 ● Finde ich nicht gerechtfertigt.
 ● Weiß nicht.

MEHRHEIT WILL ENTLASTUNG FÜR KLIMASCHUTZBEDINGT STEIGENDE PREISE

Stellen Sie sich vor, Sie persönlich müssten aus Klimaschutzgründen für das Autofahren mit einem Benzin- oder Dieselmotor, das Fliegen oder das Heizen mit Öl oder Gas mehr bezahlen. Wie fänden Sie das?



n = 6.476

Datenquelle: IASS/dynamis 2018

8 | VERHALTENE ZUSTIMMUNG ZUR ELEKTROMOBILITÄT

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung (**55 %**) befürwortet einkommensübergreifend den Ausbau der Elektromobilität in Deutschland, **15 %** lehnen ihn ab. Unter den Energiewendezielen der Bundesregierung steht die Elektromobilität damit an letzter Stelle im Zustimmungs-Ranking.

Autobesitzer sind bei der Elektromobilität skeptischer als Personen ohne eigenes Auto: **64 %** der Menschen ohne eigenes Auto befürworten den Ausbau, aber nur **53 %** der Autobesitzer. Die Jüngeren (18 bis 29 Jährige) stehen dem Ausbau der Elektromobilität deutlich positiver gegenüber (**67 %**) als alle anderen Altersgruppen (**53** bis **55 %**). In gering besiedelten Gebieten liegt die Zustimmung niedriger (**50 %**) als in dicht besiedelten Gebieten (**58 %**)¹⁸.

Über die Hälfte der Bevölkerung (**54 %**) lehnt ein Verbot von Verbrennungsmotoren bis 2030 ab. Nahezu jeder Vierte (**23 %**) befürwortet es. Die Ablehnung ist bei Personen in ländlichen Gebieten mit **60 %** stark ausgeprägt (dicht besiedelt: **47 %**). Bei den Jüngeren (18 bis 29 Jährige) ist die Ablehnung des Verbots zwar weniger stark ausgeprägt, aber dennoch mit **44 %** beachtlich.

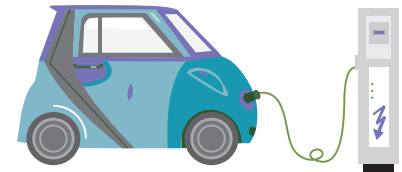
In fast allen politischen Lagern findet sich mehrheitlich eine deutliche Skepsis gegenüber dem Verbot von Verbrennungsmotoren bis 2030. Auch bei den Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen sind nur **48 %** für ein Verbot.



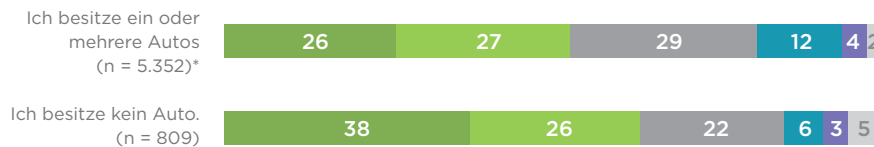
Die Elektromobilität wird häufig als der Schlüssel für eine klimafreundliche Mobilität der Zukunft gesehen. Die Begeisterung in der Bevölkerung hält sich aber in Grenzen. Die Zustimmung zur Elektromobilität ist zwar bei einer Mehrheit vorhanden, auch bei den Autobesitzern. Allerdings fällt sie nicht so hoch aus wie bei den anderen Energiewendezielen. Bei den Menschen ohne eigenes Auto besteht eine größere Offenheit gegenüber der Elektromobilität. Eine deutliche Mehrheit lehnt den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor bis 2030 ab, selbst bei den Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen zeigt sich eine gewisse Skepsis. Dass selbst die jüngere Generation stark am Verbrennungsmotor festhält ist erstaunlich. **Die Ergebnisse zeigen, dass noch deutlich mehr dafür getan werden muss, um die Elektromobilität im Alltag der Menschen zu einer attraktiven Mobilitätsoption zu machen.**

MEHRHEITLICH BEFÜRWORTEN DIE DEUTSCHEN DEN AUSBAU DER ELEKTROMOBILITÄT

Die Energiewende umfasst eine Reihe energiepolitischer Zielsetzungen. Bitte geben Sie an, wie Sie persönlich zum Ausbau der Elektromobilität stehen.



Autobesitzer: über die Hälfte ist für Elektromobilität

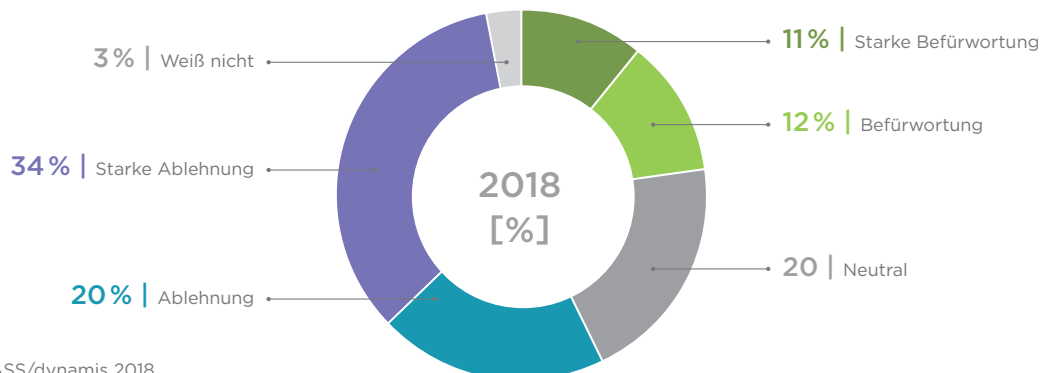


- Starke Befürwortung
- Befürwortung
- Neutral
- Ablehnung
- Starke Ablehnung
- Weiß nicht

[%] *Darin enthalten sind auch Firmenwagen zur privaten Nutzung. | Datenquelle: IASS/dynamis 2018

VERBOT VON VERBRENNUNGSMOTOREN BIS 2030 STÖSST AUF ABLEHNUNG

Um die Energiewende auch im Verkehrsbereich voranzubringen, wird vorgeschlagen, ab 2030 Neuzulassungen von Benzin- und Dieselmotoren zu verbieten. Was halten Sie davon?



n = 6.475
Datenquelle: IASS/dynamis 2018

9 | SOLAR-DACHANLAGEN: MIT ABSTAND AM BELIEBTESTEN UNTER DEN ERNEUERBAREN TECHNOLOGIEN

81 % der Bevölkerung befürworten den Ausbau von Solaranlagen auf Hausdächern, nur **5 %** lehnen ihn ab. Damit nehmen die Dachanlagen den Spitzenplatz bei der Zustimmung für die erneuerbaren Technologien ein. Demgegenüber befürworten deutlich weniger Menschen den Ausbau von Solaranlagen, die auf Freiflächen errichtet werden (**59 %**).

84 % der Befragten geben an, dass es in ihrem Wohnumfeld Solaranlagen auf Hausdächern gibt. Auch in dicht besiedelten Gebieten werden Solar-Dachanlagen von über **80 %** der Befragten befürwortet, von **54 %** sogar stark.

22 % (-2) der Bevölkerung lehnen den Ausbau von Windenergieanlagen an Land ab, **7 %** davon strikt. Damit erhält der Windausbau an Land im Vergleich zu allen anderen erneuerbaren Technologien erneut die höchste Ablehnungsrate. Auch **16 % (-3)** der Personen, die dem Ausbau von erneuerbaren Energien zustimmen, sind gegen den Ausbau von Windanlagen an Land.

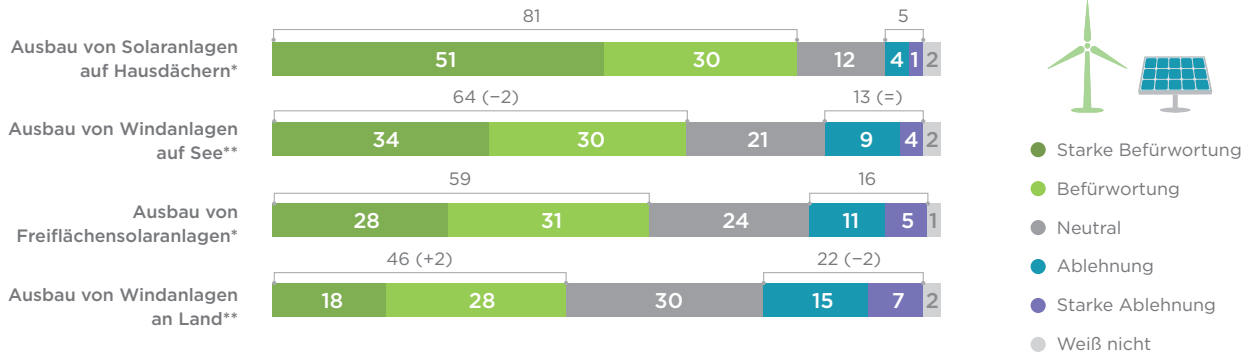
Fast die Hälfte der Bevölkerung (**48 %**) lebt in einer Stadt oder Gemeinde, in der es Windräder gibt. **Ein Viertel (24 %)** der Befragten gibt an, vom Wohnhaus direkt auf Windräder blicken zu können. Das Ausmaß der Betroffenheit im Wohnumfeld ist also geringer als bei Solaranlagen auf Hausdächern. Dennoch ist die Akzeptanz geringer.



Für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland stehen für die Bundesregierung Wind- und Solarenergie im Vordergrund. Allerdings zeigt sich, dass die Zustimmung zu den verschiedenen Wind- und Solartechnologien teils erheblich auseinanderklafft. Die auch aus dem Barometer 2017 bekannten hohen Zustimmungswerte für die Solarenergie treffen vor allem für die Solar-Dachanlagen zu, bei denen es auch in dicht besiedelten Gebieten sehr hohe Zustimmungswerte gibt. Die PV-Freiflächenanlagen haben zwar auch hohe, aber im Vergleich zur Dachinstallation deutlich niedrigere Zustimmungs- und entsprechend höhere Ablehnungswerte. Der weitere Ausbau der Windenergie an Land stößt deutlich stärker auf Skepsis. **Unter dem Aspekt der Akzeptanz empfiehlt es sich, die konfliktarme Solarenergie auf den Dächern stärker auszubauen. Für den Ausbau von Solar-Dachanlagen besteht große Akzeptanz, hier ist nicht mit Protest oder Ablehnung zu rechnen.**

AUSBAU VON WINDANLAGEN AN LAND BLEIBT UMSTRITTEN

Die Energiewende umfasst unter anderem den Ausbau erneuerbarer Energien. Bitte geben Sie an, wie Sie persönlich zu den unterschiedlichen Technologien stehen.



[%] n = 6.512 (2018), 7.386 (2017) | Datenquelle: IASS/dynamis 2018

* Bei der letzten Erhebung 2017 wurde nur allgemein nach der Zustimmung des Ausbaus von Solaranlagen gefragt, 2018 wurde dann zwischen Solar-Dachanlagen und Freiflächenanlagen unterschieden. In einem Vergleich der Daten zeigt sich, dass die hohe Zustimmung zum Ausbau der Solarenergie 2017 insbesondere auf den Ausbau von Solaranlagen auf Hausdächern zutrifft, während der Ausbau der Freiflächen-Solaranlagen deutlich skeptischer gesehen wird.

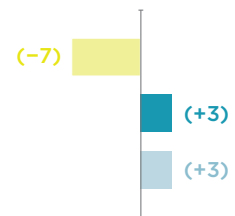
** Werte in Klammern: Veränderungen zu 2017 in Prozentpunkten

DACH-SOLARANLAGEN: TROTZ GRÖßTER PRÄSENZ IM WOHNUMFELD HÖCHSTE ZUSTIMMUNG

Bitte geben Sie jeweils an, ob die folgende Aussage auf Sie zutrifft oder nicht.*



Veränderung zu 2017 [in Prozentpunkten]



[%] n = 6.443 (2018), 7.282 (2017) | Datenquelle: IASS/dynamis 2018 | Werte in Klammern: Veränderungen zu 2017 in Prozentpunkten

* Diese Daten spiegeln die subjektive Wahrnehmung der Befragten wider. Eine faktische Überprüfung wurde hier weder durchgeführt noch wäre sie im Rahmen der Studie sinnvoll.

** nur 2018

10 | ANZAHL DER WINDANLAGEN IM WOHNUMFELD ZENTRALER FAKTOR FÜR AKZEPTANZ VOR ORT

Die große Mehrheit der Personen (**84 %**), die in ihrer Gemeinde oder Stadt Windanlagen haben oder von ihrem Wohnhaus darauf schauen können¹⁹, fühlt sich davon gar nicht oder eher nicht gestört, **14 %** fühlen sich gestört. Damit sind es **in Deutschland insgesamt 7 % der Bevölkerung, die sich von Windanlagen in ihrer Wohnumgebung gestört fühlen**, **2 %** davon stark, **5 %** ein wenig²⁰.

Mit dem Grad der lokalen Betroffenheit²¹ steigt der Anteil der Personen, die sich gestört fühlen. So fühlen sich **10 %** der Personen gestört, die sechs bis 20 Anlagen in einer Entfernung von etwa einem bis zwei Kilometer vom Wohnhaus haben, aber **25 %** der Personen, sofern sie zusätzlich noch vom Wohnhaus auf die Anlagen blicken können.

69 % der Personen, die sich von Windanlagen in ihrer Wohnumgebung gestört fühlen, lehnen den weiteren **Ausbau von Windanlagen an Land ab** (bundesweiter Durchschnitt: **22 %**). Wer sich gestört fühlt, empfindet die Energiewende eher als ungerecht (**80 %**) und elitär (**69 %**) als diejenigen, die sich nicht gestört fühlen (**51 %** ungerecht, **47 %** elitär).

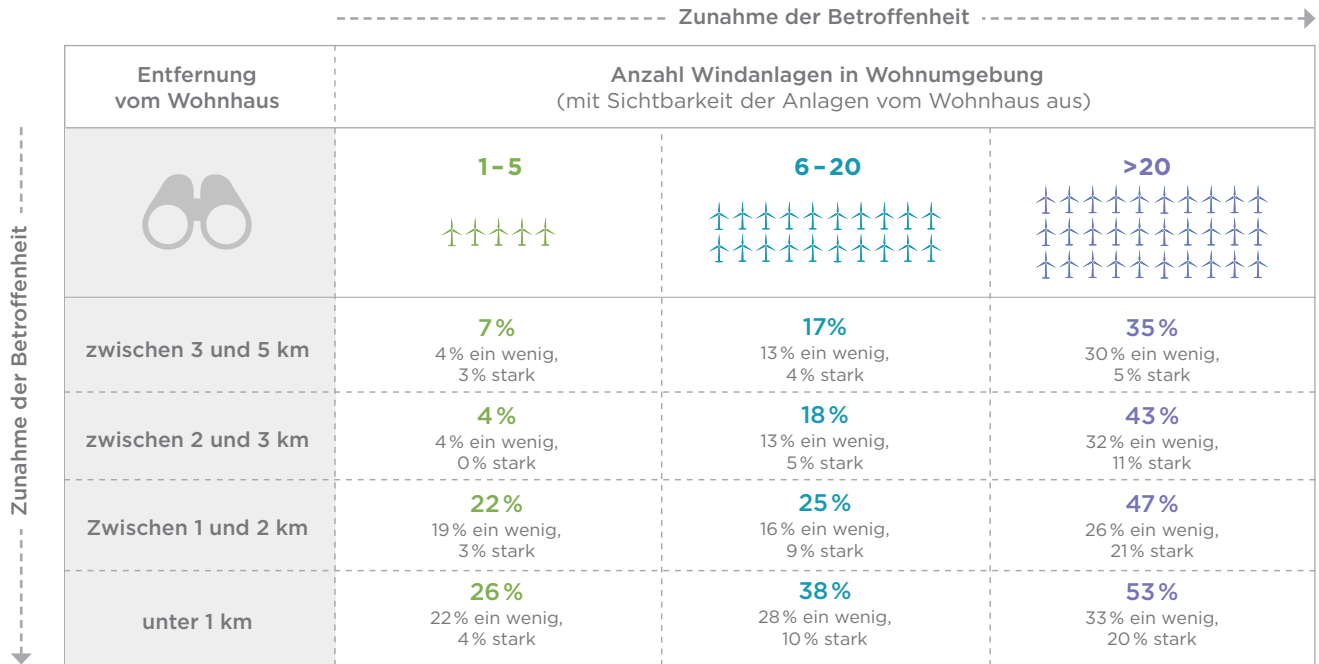
83 % derjenigen, die sich von Windanlagen gestört fühlen, können sich vorstellen, gegen geplante Windräder im Wohnumfeld zu protestieren²². Bei denjenigen, die sich nicht gestört fühlen, sind es nur **43 %**.



Der Großteil der Menschen mit Windenergieanlagen im Wohnumfeld fühlt sich von diesen auch bei einer starken Betroffenheit vor Ort nicht oder eher nicht gestört. Allerdings sinkt die Akzeptanz deutlich, wenn sich die Anlagen in geringer Entfernung vom Wohnhaus stark häufen. Denn je mehr die Menschen vor Ort vom Windausbau betroffen sind, desto höher wird der Anteil der Personen, die sich gestört fühlen. Dies geht wiederum mit einer erhöhten negativen Einstellung zum Windausbau an Land einher. Auch wächst damit die Wahrnehmung von ungerechten Folgen der Energiewende und – auch nicht verwunderlich – die Protestbereitschaft gegen die Errichtung neuer Windanlagen vor Ort. **Die Anzahl der Anlagen im Wohnumfeld scheint insofern wichtiger für die Akzeptanz zu sein als allein der Abstand.**²³ Dies sollte in der politischen Diskussion zum Thema Akzeptanz des Windausbaus stärker berücksichtigt werden. **Sinnvoll wäre es z. B. zu prüfen, ob die Anzahl der Windanlagen im unmittelbaren Wohnumfeld (unter zwei Kilometer) bei der Windplanung deutlicher begrenzt werden könnte, da eine hohe Anzahl an Anlagen für die betroffene Bevölkerung besonders belastend ist.**

JE HÖHER DIE BETROFFENHEIT, DESTO MEHR MENSCHEN FÜHLEN SICH GESTÖRT

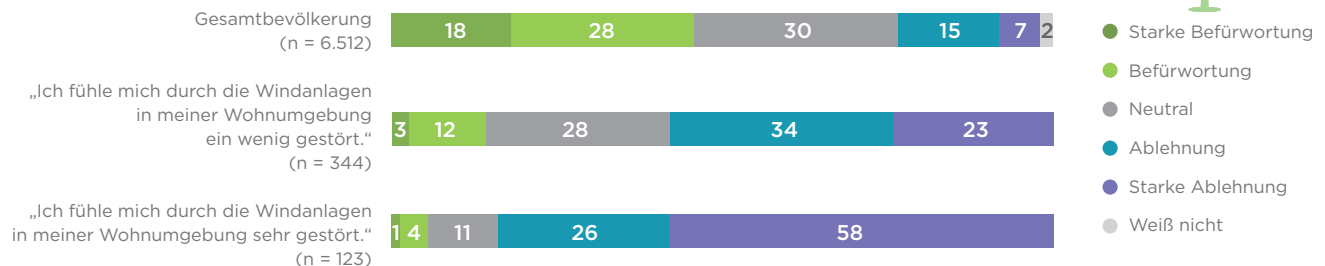
Anteil der Befragten, der sich von Windanlagen im Wohnumfeld gestört fühlt in Abhängigkeit von der lokalen Betroffenheit²⁴



Datenquelle: IASS/dynamis 2018

Bei negativer Betroffenheit: höhere Ablehnung des Windausbaus an Land

Einstellungen zum Windausbau an Land



[%] Datenquelle: IASS/dynamis 2018

11 | KNAPPE MEHRHEIT FINDET: BÜRGERBETEILIGUNG WICHTIGER ALS SCHNELLER WINDAUSBAU

Eine **große Mehrheit von 86 % (+1)** hält es für wichtig, dass sich **Bürgerinnen und Bürger frühzeitig am Planungsprozess für Windanlagen in ihrer Umgebung beteiligen** können. Diese Präferenz ist parteiübergreifend und weitgehend unabhängig von der lokalen Betroffenheit vom Windausbau an Land vorhanden.

55 % der Bevölkerung (keine Veränderung) sprechen sich dafür aus, dass **die betroffenen Bürgerinnen und Bürger die letzte Entscheidung beim Bau von Windanlagen haben sollen**, z. B. über einen Bürgerentscheid. Dieser Wunsch ist besonders bei denjenigen ausgeprägt, die sich vom Windausbau gestört fühlen (**87 %**). Während die AfD-Anhänger unter den politischen Lagern die stärkste Präferenz für einen Bürgerentscheid haben (**81 %**), ist dies denjenigen mit grüner Parteineigung mehrheitlich (**52 %**) nicht wichtig.

85 % der Befragten, die wollen, dass die betroffenen Bürger das letzte Wort beim Windausbau haben, finden die **politische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei einer Abwägung wichtiger als einen möglichst schnellen Windausbau**. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung sind das fast die Hälfte (**47 %**).

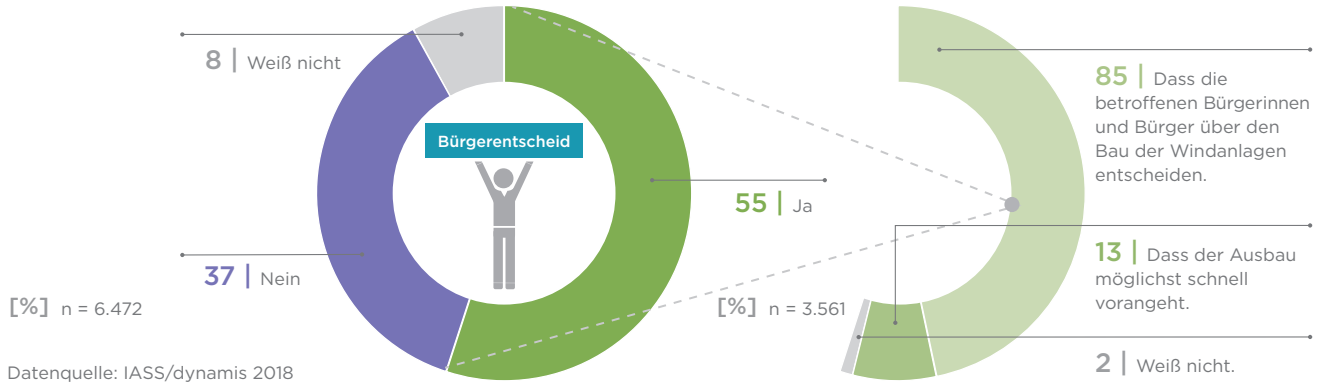


Die Bevölkerung in Deutschland steht mit knapper Mehrheit hinter dem Windausbau an Land, aber dieser Ausbau darf in den Augen einer knappen Mehrheit nicht gegen die Anliegen der vor Ort betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner durchgesetzt werden, selbst wenn dadurch der Ausbau verzögert wird. Die „Windfrage“ ist insofern auch eine Demokratiefrage, es geht darum, wer mitbestimmen darf. Windkraft von oben verordnet wird zunehmend auf Ablehnung stoßen. Versuche, eine stärkere finanzielle Beteiligung für die Kommunen oder Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu erreichen, sind dabei ein Schritt in die richtige Richtung. **Für eine bessere Akzeptanz führt jedoch kein Weg an einer breiten, frühzeitigen und gut strukturierten Bürgerbeteiligung vorbei, also der Schaffung von Gestaltungsspielräumen vor Ort.** Diese sind derzeit nur eingeschränkt vorhanden. Auch das EEG-Ausschreibungsregime ist vor diesem Hintergrund mit seiner starken Ausrichtung auf die Kosteneffizienz kritisch zu prüfen.

BÜRGER SOLLEN LETZTES WORT HABEN

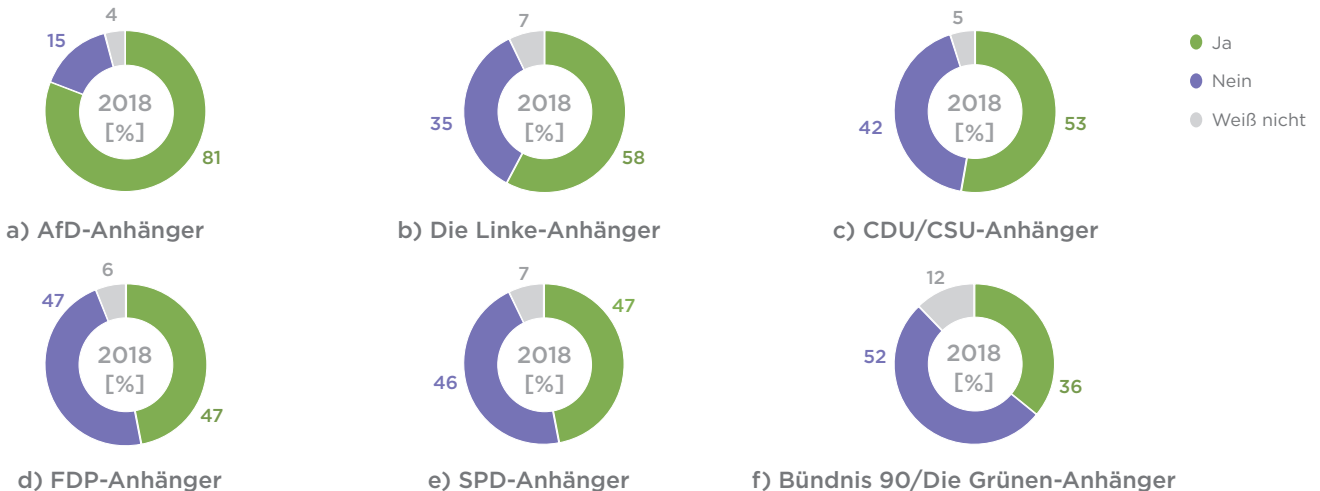
Sollten die betroffenen Bürgerinnen und Bürger das letzte Wort beim Bau von Windanlagen haben, z. B. über einen Bürgerentscheid?

Wenn Sie das entscheiden könnten, was wäre Ihnen wichtiger?



Wunsch nach politischer Partizipation ist abhängig von Parteipräferenz

Sollten die betroffenen Bürgerinnen und Bürger das letzte Wort beim Bau von Windanlagen haben, z. B. über einen Bürgerentscheid? (Nach Parteipräferenz)



a) n = 290; b) n = 462; c) n = 1.363; d) n = 222; e) n = 1.183; f) n = 567 | Datenquelle: IASS/dynamis 2018

12 | MITWIRKUNG ALS „PROSUMER“ – WOHNSITUATION IST ENTSCHEIDEND

Bisher haben **9 % (-1)**²⁵ der Befragten **alleine oder gemeinschaftlich in eine eigene Solar- oder Windenergieanlage investiert**²⁶. **93 %** derjenigen, die bereits investiert haben, sind Eigenheimbesitzer, nur **4 %** davon sind Mieterinnen und Mieter²⁷.

Jeder **fünfte Befragte (21%, +1)** ist **grundsätzlich bereit, in den nächsten zwei Jahren in eine eigene Solar- oder Windanlage zu investieren**, **2 %** (keine Veränderung) haben sich das schon fest vorgenommen. **19 % (+1)** können sich das gut vorstellen, wobei sich einkommensschwächere und -stärkere Haushalte dabei nicht stark unterscheiden (**17 %** und **23 %**).

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung (**62 %, +2**) kann sich aber **kurzfristig nicht vorstellen, in eine eigene Solar- oder Windenergieanlage zu investieren**. Dazu gehören auch **58 % (+5)** der Hausbesitzer im Eigenheim.

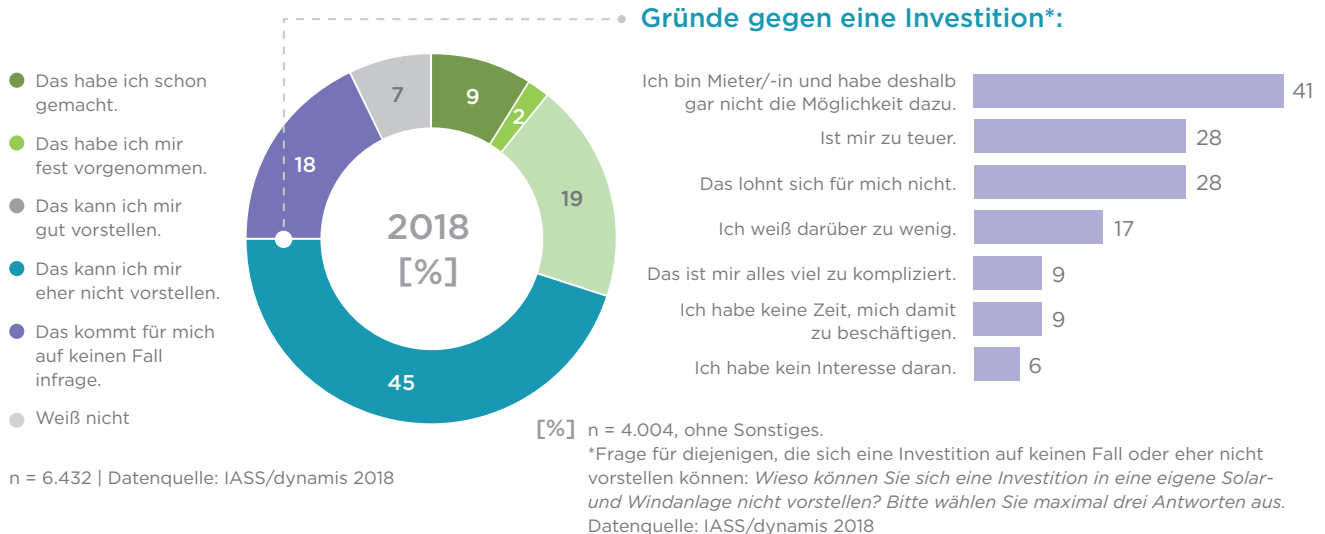
41 % geben als **Grund für ihre fehlende Investitionsbereitschaft an, dass sie als Mieterinnen und Mieter dazu gar keine Möglichkeit haben**. Dies ist mit **86 %** die große Mehrheit aller Mieterinnen und Mieter, die sich eine Investition nicht vorstellen können. Jeweils **28 %** der Befragten sind der Meinung, dass es sich für sie nicht lohne oder zu teuer sei.²⁸



Bisher hat nur ein kleiner Anteil der Bevölkerung in eine eigene Wind- oder Solaranlage investiert, für die Mehrheit kommt dies nicht infrage. Dabei haben nur wenige Menschen grundsätzliche Vorbehalte, sondern geben als Gründe für ihre fehlende Investitionsbereitschaft am häufigsten die mangelnde Praktikabilität aufgrund eines Mietverhältnisses an. Bei den Eigenheimbesitzern werden am häufigsten Zweifel an den Vorteilen (zu teuer, lohnt sich nicht) genannt. Investiert haben bisher insbesondere Hausbesitzer im Eigenheim. Die Gebäudeart des Wohnhauses und das Wohnverhältnis sind also zentrale Einflussgrößen für die Mitwirkung an der Energiewende als Prosumer. Dabei zeigt sich durchaus bei einer großen Anzahl die prinzipielle Bereitschaft, durch eigene Investitionen an der Energiewende mitzuwirken, auch bei Mieterinnen und Mietern sowie einkommensschwächeren Haushalten. Es fehlt also an den passenden Rahmenbedingungen. Die bisherige Gesetzgebung scheint hier noch viel zu wenig zu greifen. **Um die Potenziale zu heben, sollten auch für Mieterinnen und Mieter konkrete und praktikable Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Investition in eine eigene Erneuerbaren-Anlage geschaffen werden.** Dies würde die Energiewende auch stärker in die Städte bringen. Doch auch Hausbesitzer im Eigenheim gilt es stärker zu aktivieren. Nötig sind dafür zielgruppenspezifische Anreize und tragfähige Geschäftsmodelle.

MIETVERHÄLTNIS: WICHTIGER GRUND FÜR FEHLENDE INVESTITIONSBEREITSCHAFT

Haben Sie vor, in den nächsten zwei Jahren entweder alleine oder gemeinsam mit anderen (Nachbarn, Freunden, Genossenschaft, Investitionsfonds) in eine eigene Solar- oder Windanlage zu investieren?



Wohnverhältnis und Wohngebäude relevante Faktoren für Mitwirkung

6 % der Bevölkerung haben bereits allein oder gemeinschaftlich in eine eigene PV-Anlage investiert.



Das sind:

im Eigenheim: **4 %** Aller Bewohner

3 % Aller Bewohner eines Mehrfamilienhauses**

8 % Aller Bewohner eines Reihen-/Doppelhauses

14 % Aller Bewohner eines freistehenden Ein-/Zweifamilienhauses

Mietverhältnis: **0 %** Aller Bewohner

0 % Aller Bewohner eines Mehrfamilienhauses**

1 % Aller Bewohner eines Reihen-/Doppelhauses

2 % Aller Bewohner eines freistehenden Ein-/Zweifamilienhauses

13 | FLEXIBILITÄT BEIM STROMVERBRAUCH, ABER WENIG INTERESSE AN FLEXIBLEN TARIFEN

60% der Bevölkerung sind prinzipiell offen gegenüber alternativen Strompreismodellen. Allerdings bevorzugen die meisten der Befragten mit **31%** **das derzeitige Modell mit einem festen Preis pro Kilowattstunde**. Als zweithäufigste Präferenz geben **21%** eine kostenlose Basisversorgung an, bei der erst der darüber hinausgehende Strombezug kostet. Nur **8%** **der Befragten wollen flexible Tarife** mit schwankenden Strompreisen nutzen.

Sollte es flexible Stromtarife geben, dann würden sich **die meisten der Befragten (42%) für eine digitale Anzeige („Ampelmodell“) entscheiden**, mit dem sie auf Basis einer einfachen Darstellung der Höhe des aktuellen Strompreises selbst entscheiden könnten, ob sie ihr Verbrauchsverhalten anpassen oder nicht.

Fast jeder Dritte (**30%**) fände es bei flexiblen Stromtarifen attraktiv, den **Stromverbrauch im Haushalt über digitale Anwendungen selbst zu steuern**. Die Offenheit dafür ist bei den 18 bis 29-Jährigen stärker ausgeprägt (**46%**) als bei den anderen Altersgruppen. **44%** der Befragten können sich dies aber nicht vorstellen. Rund drei Viertel (**74%**) lehnen es ab, dass der Energieversorger **von außen den Stromverbrauch der eigenen Haushaltsgeräte entsprechend der Preisentwicklung** steuert.

Eine deutliche Mehrheit der Befragten gibt an, den Gebrauch von **Waschmaschinen (69%) und Geschirrspülern (62%) in ihrem Haushalt flexibel gestalten** und bei hohen Strompreisen prinzipiell auf einen anderen Zeitpunkt verschieben zu können. Dies trifft auch auf Haushalte mit einem oder mehreren Kindern unter 14 Jahren zu.



Die Deutschen schätzen ihre Flexibilität bei der Nutzung von Haushaltsgeräten insbesondere bei der Waschmaschine und dem Geschirrspüler als hoch ein. Allerdings scheint das Bedürfnis bei weiten Teilen der Bevölkerung nicht vorhanden, den eigenen Energieverbrauch entlang von Strompreisen oder Tarifmodellen anzupassen oder mithilfe digitaler Anwendungen selbst zu steuern oder von außen steuern zu lassen. Die Mehrheit bevorzugt Verlässlichkeit mit festen Tarifen. Recht hohe Zustimmungswerte hat allerdings das „Ampelmodell“, das Informationen über den Stromverbrauch und die Strompreise bereitstellen würde und den Verbrauchern die Entscheidung überlässt, ob sie ihr Verhalten anpassen oder nicht. **Angesichts des geringen Interesses an flexiblen Tarifen wird deutlich, dass die viel diskutierten Vorteile einer neuen digitalen Energiewelt im Haushalt (wie z. B. Kostenersparnis etc.) von den privaten Verbrauchern nur zu einem geringen Teil wahrgenommen werden.** Vor diesem Hintergrund ist nicht davon auszugehen, dass die Menschen von sich aus auf flexible Tarife umsteigen werden. Die Diffusion wird voraussichtlich langsamer ablaufen als in vielen Szenarien angenommen.

PRÄFERENZ FÜR „AMPELMODELL“

Stellen Sie sich nun bitte vor, der Strompreis für Ihren Haushalt schwankt je nach Angebot und Nachfrage. Sie könnten als privater Verbraucher Kosten sparen, wenn Sie Ihren Stromverbrauch entsprechend den Preisen anpassen. Wie bewerten Sie prinzipiell die folgenden Möglichkeiten, dies in Ihrem Haushalt umzusetzen?

Ich habe zu Hause eine digitale Anzeige, die mir in Form einer Ampel Informationen über die Höhe des Strompreises bereitstellt: „teuer“ (rot), „durchschnittlich“ (gelb) und „preiswert“ (grün). Dann kann ich jeweils entscheiden, ob ich mein Verbrauchsverhalten anpasse oder nicht.



Ich nutze die neuesten technischen Anwendungen, um meinen Stromverbrauch und den meiner Geräte zu jeder Zeit selbst im Blick zu haben und mithilfe einer digitalen Anwendung (App) zu steuern, z. B. über mein Handy oder über das Internet.



Mein Energieversorger kann per Fernsteuerung z. B. auf meinen Kühlschrank zugreifen, um dessen Stromverbrauch ohne Einschränkung der Funktionalität bei hohen Preisen vorübergehend zu reduzieren.

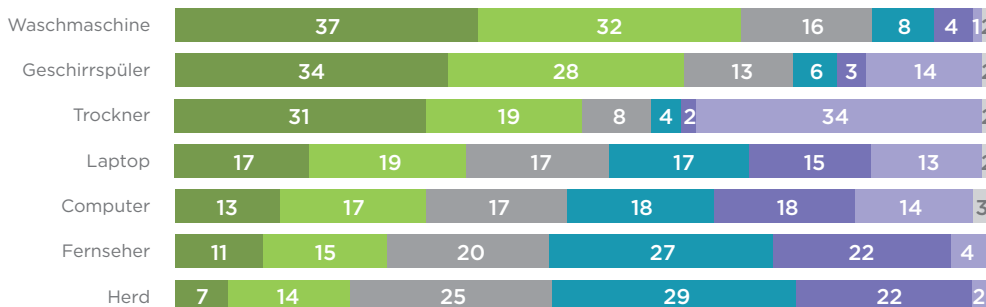


- Kann ich mir gut vorstellen
- Kann ich mir eher vorstellen
- Weder noch
- Kommt für mich eher nicht infrage
- Kommt für mich überhaupt nicht infrage
- Weiß nicht

[%] n = 6.394 | Datenquelle: IASS/dynamis 2018

FLEXIBILITÄT IM HAUSHALT: VOR ALLEM BEI WASCHMASCHINE UND GESCHIRRSPÜLER

Inwiefern wäre es Ihnen in Ihrem normalen Alltag möglich, den Gebrauch folgender Haushaltsgeräte flexibel zu gestalten, also beispielsweise bei hohen Strompreisen die Nutzung auf einen späteren Zeitpunkt oder den nächsten Tag zu verschieben?



- Voll flexibel
- Eher flexibel
- Teils flexibel, teils nicht flexibel
- Eher nicht flexibel
- Überhaupt nicht flexibel
- Nutze ich nicht
- Weiß nicht

[%] n = 6.378 | Datenquelle: IASS/dynamis 2018

FAZIT

1. In den Augen einer breiten Mehrheit der Bevölkerung ist die Energiewende der richtige Weg für eine zukunftsweisende Energieversorgung. Mehr Menschen empfinden die Energiewende im Vergleich zur Vorjahresbefragung als eine Gemeinschaftsaufgabe, an der sie selbst Anteil nehmen wollen. Die Politik kann weiterhin mit einer breiten und fest verankerten Unterstützung für eine zielgerechte Umsetzung der Energiewende rechnen.
2. Viel Kritik entzündet sich aber an der Art und Weise, wie die Energiewende politisch umgesetzt wird. Hier ist die Bevölkerung im Hinblick auf die Kosten, das politische Management, die Gerechtigkeit bei der Lastenverteilung, die für erforderlich gehaltene Bürgernähe sowie bei der Gesamtbilanz der Umsetzung deutlich unzufriedener als noch 2017. Um die Akzeptanz für die Energiewende in Deutschland nicht zu gefährden, sollte hier dringend gegengesteuert werden. Die Ziele sind nicht umstritten, jedoch die bislang eingeschlagenen Wege, um diese Ziele zu erreichen.
3. In der Bevölkerung gibt es einen starken Wunsch nach einem schnellen und wirksamen Klimaschutz. Ein bedingungsloses Eintreten für den Klimaschutz findet allerdings keine Mehrheit. Mögliche wirtschaftliche oder regionale Ungleichgewichte sollten im Sinne einer ausgewogenen Politik gemeinsam mit dem Klimaschutz berücksichtigt werden.
4. Die Ergebnisse des Barometers zeigen, dass Lösungen für den Umgang mit den Zielkonflikten der Energiewende angestrebt werden sollen, die das hohe Ambitionsniveau beim Klimaschutz aufrecht erhält und parallel dazu die sozialen Dimensionen ausreichend berücksichtigen. Genau bei dieser Integration liegen die bisherigen Schwachpunkte bei der Umsetzung der Energiewende. Die politischen Parteien müssen überzeugende Konzepte für den Umgang mit den zentralen Zielkonflikten der Energiewende entwickeln und diese in den politischen Wettbewerb einbringen. Der in der Bevölkerung wahrgenommene Kompetenzverlust der Parteien und die zunehmende Unzufriedenheit mit der Politik der Bundesregierung machen deutlich, dass viele Menschen den Entscheidungsträgerinnen und -trägern nicht mehr zutrauen, eine solche zielgerichtete und ausgewogene Politik zu verfolgen.
5. Klimaschutz und Energiewende werden im Grundsatz von einer breiten Mehrheit befürwortet. Aber wenn es im Alltag der Menschen um konkrete Belastungen geht, die als negativ erwartet werden oder Unsicherheit über deren Folgen besteht, ist eine Mehrheit eher zurückhaltend oder ablehnend. Höhere Energiepreise für den Klimaschutz werden durchaus als gerechtfertigt empfunden. Doch mehr bezahlen wollen die meisten nur, wenn es dafür auch Entlastungen gibt. Elektromobilität wird von der Hälfte der Befragten unterstützt, aber ein Verbot des Verbrennungs-

motors bis 2030 lehnt die Mehrheit ab. Flexibilität sehen viele Befragte bei sich zuhause im Hinblick auf den Stromverbrauch im Haushalt, aber beim Stromtarif will sich die breite Mehrheit auf keine Experimente einlassen.

6. Daraus ist allerdings nicht zu schließen, dass die Menschen unwillig sind, einen Beitrag zu leisten. Wenn Klimaschutz den Alltag der Menschen zusätzlich belastet, verunsichert oder verkompliziert, dann ist allerdings mit geringer Akzeptanz zu rechnen. Die persönliche Betroffenheit ist ein zentraler Faktor für die negative Bewertung der Umsetzung der Energiewende sowie einzelner Energiewendeziele. Bundesweit erhalten umstrittene oder vor Ort konfliktreiche Ziele wie der Windausbau oder der Kohleausstieg hohe Zustimmungswerte. Die von den Folgen auf lokaler Ebene negativ betroffenen Menschen nehmen dagegen eine stärker kritische Haltung ein.
7. Die Ergebnisse des Barometers legen nahe, dass im Alltag praktikable, bezahlbare und leicht zugängliche Handlungsalternativen zum Verbrauch fossiler Energien angenommen würden. Die Elektromobilität z.B. ist in den Augen der Menschen noch keine attraktive Mobilitätsoption, ohne sie aber grundlegend abzulehnen. Bei der Einführung von CO₂-Preisen wird ein Ausgleich für Belastungen gewünscht, infrage käme da etwa die gezielte Förderung klimafreundlicher Nutzungsoptionen im Alltag.
8. Mieterinnen und Mieter wünschen praktikable Mitwirkungsmöglichkeiten bei Investitionen zur Energieeinsparung und zur Nutzung von erneuerbaren Energien im Haushalt. Nötig sind dafür ein geeigneter regulatorischer Rahmen sowie zielgruppenspezifische Anreize. Auch Hausbesitzer im Eigenheim können noch wirksamer motiviert werden in klimafreundliche Energiesysteme zu investieren.
9. Um die Akzeptanz vor Ort beim Windausbau an Land zu stärken, führt an einer frühzeitigen, breiten und gut strukturierten Bürgerbeteiligung mit mehr Gestaltungsräumen vor Ort kein Weg vorbei. Windausbau von oben verordnet wird zunehmend auf Widerstand stoßen. Aus der Befragung wird deutlich, dass die Akzeptanz bei einem wahrgenommenen massiven Ausbau von Anlagen in der unmittelbaren Umgebung stark absinkt. Von daher gilt es zu prüfen, ob man die Anzahl der Windanlagen im unmittelbaren Wohnumfeld (unter zwei Kilometer) bei der Planung von neuen Windanlagen deutlich begrenzen kann. Auch das EEG-Ausschreibungsregime ist vor diesem Hintergrund mit seiner starken Ausrichtung auf die Kosteneffizienz kritisch zu prüfen. Unter dem Aspekt der Akzeptanz ist zu empfehlen, den Ausbau der von fast allen befürworteten Dach-Solaranlagen stärker als bisher in den Fokus rücken.

HINWEISE ZUR METHODIK

Die beiden Onlinebefragungen deutschsprachiger Haushalte wurden im Rahmen des Haushaltspanels von Forsa (forsa.omninet) durchgeführt. Mit **forsa. omninet hat forsas ein Haushalts-Panel aufgebaut**, das **bevölkerungsrepräsentative Erhebungen** per Internet ermöglicht. Befragt wurde jeweils die Person in einem Haushalt, die - allein oder gemeinsam mit dem Partner - entscheidet, wenn es um finanzielle Dinge geht. Auch Nichtinternetnutzer nahmen an der Befragung teil (über ihr Fernsehgerät), sodass auch diese Teile der Bevölkerung einbezogen wurden und die Studie repräsentativ für die Grundgesamtheit bleibt.

Basierend auf dem ADM-Telefon-Mastersample erfolgte die **Rekrutierung der Panelteilnehmer über ein mehrstufiges Zufallsverfahren**. Dank dieser zufallsgeleiteten Rekrutierung der Panellisten kann von den Ergebnissen der Stichprobe auf die Zielpopulation verallgemeinert werden. Es geht bei einer repräsentativen Stichprobe also in erster Linie darum sicherzustellen, dass jedes Element in der Grundgesamtheit die gleiche Chance hat, in die Stichprobe zu gelangen.

Da bei Haushaltsbefragungen üblicherweise eine geringere Teilnahme von einkommensschwachen Haushalten erfolgt, die für unsere Erhebung aber hohe Relevanz haben, wurde **die untere Einkommensgruppe bei der Auswahl überproportional einbezogen (geschichtetes Sample)**. Dies wurde bei der Auswertung der Daten aber stets berücksichtigt.

Eine Nachgewichtung (Redressment) mit einer nachträglichen Anpassung der Verteilungen der Nettostichprobe an die Verteilung in der Grundgesamtheit (Geschlecht, Bildungsstand, etc.) wurde nicht vorgenommen.

Die **Einkommenskategorisierung**, die hier genutzt wird, basiert auf der Einkommenschichtung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Ausgehend von dem gemäß OECD-Äquivalenzskala bedarfsgewichteten monatlichen Nettoeinkommen (Äquivalenzeinkommen), wurde in dieser Studie die ursprünglich fünfstufige Skala des IW auf eine dreistufige Skala zusammengefasst. Einkommensschwächere Haushalte: bis zu 80% des Medians des Äquivalenzeinkommens (<1.550 €); Haushalte in der Mitte im engeren Sinne: 81 bis 150% des Medians des Äquivalenzeinkommens (1.550 € - 2.902,38 €); einkommensstärkere Haushalte: ab 151% des Medians des Äquivalenzeinkommens (>2.902 €).

Eine Panelstruktur bedeutet, dass im Idealfall dieselben Haushalte jedes Jahr wieder an der Befragung teilnehmen. In der Nettostichprobe 2018 waren 6.594 Haushalte und damit 5.298 identische Haushalte aus der Erhebung 2017, 1.296 sind neu dazu gekommene Haushalte.

Die der Befragung zugrundeliegenden standardisierten Fragebögen finden Sie zum Download unter **www.iass-potsdam.de**

Verteilung relevanter Merkmale in der Stichprobe/Grundgesamtheit:

Variable	Merkmalsausprägungen	Stichprobe		Grundgesamtheit*
		2017 [%]	2018 [%]	[%]
Geschlecht ²⁹	Mann	56,85	56,95	49,35
	Frau	43,15	43,05	50,65
Alter ³⁰	18-29 Jahre	9,95	7,34	14,03
	30-44 Jahre	20,3	18,96	18,41
	45-59 Jahre	30,66	30,16	23,33
	60+ Jahre	39,09	43,54	27,88
Wohnform ³¹	Miete	44,44	42,28	56
	Eigentum	53,78	55,72	44
Ost/West ³²	Ost	24,6	23,08	19,55
	West	75,4	76,92	80,45
Einkommen ³³	Einkommensschwächere Haushalte	29,6	36,98	31,7
	Haushalte mit mittlerem Einkommen	51,74	48,75	48,2
	Einkommensstärkere Haushalte	18,66	14,26	20,2
Bildung ³⁴	Keinen Abschluss	0,23	0,21	4
	Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schule	0,06	0,1	
	Haupt-/Volksschulabschluss	19,45	21,07	30,4
	Realschulabschluss (Mittlere Reife)	36,63	37,2	23,1
	Fachhochschulreife	10,87	10,5	31,9
	Allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife	31,37	30,15	0,1
	Keine Angabe	1,4	0,77	

FUSSNOTEN

- (1) Setton, Daniela; Matuschke, Ira; Renn, Ortwin (2017): Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2017: Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse, Potsdam: Institute for Advanced Sustainability Studies. Online: (IASS). <http://www.iass-potsdam.de/de/ergebnisse/publikationen/2017/soziales-nachhaltigkeitsbarometer-der-energiewende-2017-kernaussagen>, Letzter Zugriff: 11.02.2019
- (2) Weitere Angaben zur Datenerhebung finden Sie auf S. 36.
- (3) Die Fokusgruppen wurden im Sommer 2017 in homogenen Gruppen mit jeweils acht bis zehn Teilnehmern durchgeführt: i) einkommensschwächere Haushalte, ii) einkommensstärkere Haushalte, iii) Energieberater, iv) Beschäftigte in der Branche der erneuerbaren Energien und v) Beschäftigte in der Branche der konventionellen Energien. Die Teilnehmer wurden mithilfe eines Markt- und Sozialforschungsinstituts rekrutiert.
- (4) Vom 29. September 2018 bis zum 13. Oktober 2018 führte das IASS in Kooperation mit dem Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF) der Universität Wuppertal in städtischen und ländlichen Gebieten Deutschlands (Wuppertal, NRW, Potsdam, Brandenburg, und Riedlingen, Baden-Württemberg, drei Bürgerdialoge in Form eintägiger Planungszellen durch.
- (5) Die Zahlen werden in dieser Veröffentlichung auf ganze Prozentwerte auf- bzw. abgerundet.
- (6) Im Folgenden zeigen die Werte in der Klammer die Veränderung in Prozentpunkten im Vergleich zur Barometer-Erhebung 2017 (Setton et al. 2017) an. Da die Werte in dieser Veröffentlichung auf- bzw. abgerundet werden, kann dies in einigen Fällen dazu führen, dass die Differenzen sehr gering sind, z. B. 0,3 Prozentpunkte im Vergleich, aber dennoch bei der Darstellung der Differenzen ganze Prozentpunkte umfassen. Darauf weisen wir dann gesondert hin.
- (7) Da die Erhebung bevölkerungsrepräsentativ war, werden die Begriffe „Bevölkerung“ und „Befragte“ in dieser Veröffentlichung synonym verwendet.
- (8) Als Befürworter der Energiewende werden hier diejenigen definiert, die entweder angegeben haben, dass sie die Energiewende als Gemeinschaftswerk ansehen, bei dem jeder einen Beitrag leisten sollte (80 %) oder dass sie die Energiewende für eine gute Sache halten, auch wenn sie sich nicht beteiligen wollen oder können (10 %).
- (9) Zur Klassifizierung der Einkommenskategorien siehe S. 34.
- (10) Als Parteienanhänger werden hier jene Befragte [n = 4.139 (2018); 3.987 (2017)] bezeichnet, die eine Parteienpräferenz in der Befragung angegeben haben.
- (11) Sofern es im Vergleich zur Befragung 2017 keine Veränderung gab, wird dies in diesen Grafiken der Veröffentlichung nicht extra gekennzeichnet.
- (12) 47 % der Befragten, die die Energiewende als teuer einstufen, gaben zu hohe Kosten als einen der Hauptgründe für ihre Unzufriedenheit mit der Bundesregierung an.

-
- (13) Von denjenigen mit einer Parteipräferenz, die finden, dass keine Partei die besten Konzepte hat, machen CDU/CSU-Anhänger mit 34 % (+6) den höchsten Anteil aus, gefolgt von 27 % (-3) SPD-Anhängern und jeweils 11% der Linken- und AfD-Anhänger (n = 1.149).
- (14) Brandenburg, Nordrhein-Westfalen (NRW), Sachsen und Sachsen-Anhalt.
- (15) Zur Lausitz wurde zusätzlich auf ein eigenes repräsentatives Sample aufgestockt (n = 426).
- (16) 49% der SPD-Anhänger ziehen die Abmilderung möglicher Folgen für die Regionen und die Industrie kurzfristig vor, während etwa gleich so viele (46 %) den möglichst schnellen Klimaschutz wichtiger finden. Bei den CDU/CSU-Anhängern sind es 24 %, die den Klimaschutz kurzfristig wichtiger finden, 64 % befürworten das zeitliche Aufschieben.
- (17) 58% davon kritisieren an der Bundesregierung, dass es mit der Energiewende zu langsam geht, um wirksam das Klima zu schützen.
- (18) Bei den Parteianhängern mit der höchsten Befürwortung des Ausbaus der Elektromobilität liegen Bündnis 90/Die Grünen mit 68 % vorne, gefolgt von der SPD (60 %), der FDP (55 %) und CDU/CSU (53 %).
- (19) n = 3.401.
- (20) Unter negativer Betroffenheit vom Windausbau an Land wird hier verstanden, dass sich jemand von Windanlagen in der Wohnumgebung ein wenig oder stark gestört fühlt.
- (21) Der Grad der Betroffenheit wird hier so definiert: Je höher die Anzahl der Windanlagen in der Wohnumgebung (im Umkreis von fünf Kilometern zum Wohnhaus) ist und je näher die Anlagen am Wohnhaus stehen, desto höher ist die Betroffenheit. Zusätzlich verstärkt sich die Betroffenheit, wenn die Windanlagen in der Wohnumgebung vom Wohnhaus aus sichtbar sind. Unter negativer Betroffenheit wird verstanden, wenn sich jemand von Windanlagen in der Wohnumgebung (im Umkreis von fünf Kilometern zum Wohnhaus) ein wenig oder stark gestört fühlt.
- (22) 51% davon auf jeden Fall, 32 % unter bestimmten Bedingungen, z. B. bei direkter Betroffenheit von Lärm.
- (23) Ob sich jemand vom Windausbau an Land negativ betroffen fühlt, liegt allerdings nicht allein am Abstand der Windanlagen zum Wohnhaus, an der Anzahl der Anlagen in unmittelbarer Wohnumgebung oder der Sichtbarkeit der Anlagen vom Wohnhaus aus. Denn auch wenn alle vorhandenen Faktoren auf eine starke Betroffenheit vom Windausbau hinweisen, fühlt sich teils eine große Mehrheit der Befragten eher nicht oder überhaupt nicht von den Windanlagen gestört. Wovon die negative Betroffenheit also zusätzlich abhängt, ist im Rahmen dieser Erhebung nicht genauer zu erklären und erfordert weitere Untersuchungen.
- (24) Die Antworten entsprechen der subjektiven Einschätzung der Befragten. Es ist davon auszugehen, dass viele der Angaben zu den Entfernungen der Windräder vom Wohnhaus geschätzt sind, gerade wenn sich diese mehr als zwei bis drei Kilometer vom Wohnhaus entfernt befinden. Folgende Fragen liegen den Daten in dieser Tabelle zugrunde: a) Fühlen Sie oder andere Mitglieder Ihres Haushalts sich durch die Windenergieanlagen in Ihrem Wohnumfeld oder in Ihrer Stadt bzw. Gemeinde gestört, z.B. durch direkte Beeinträchtigungen im Alltag? b) Wie viele Meter sind die Windräder oder ist das Windrad etwa von Ihrem Wohnhaus entfernt? Falls Sie es nicht wissen, schätzen Sie bitte. c) Wie viele Windräder befinden sich in etwa in Ihrem direkten Wohnumfeld, also im Umkreis von bis zu fünf Kilometern zu Ihrem Wohnhaus? Falls Sie es nicht wissen, schätzen Sie bitte.
- (25) Ohne Auf- und Abrundung liegt die Veränderung zwischen 2017 und 2018 bei 0,3 Prozentpunkten, ist also nur sehr gering. Durch die Aufrundung summiert sich die Differenz auf einen Prozentpunkt.
- (26) 67% davon haben bereits in eine eigene Photovoltaikanlage investiert, 39% in eine Solarwärmeanlage, 13% in eine Wärmepumpe (hier wurden nur Wärmepumpen erfasst, die in Kombination mit einer Solarwärme- oder Photovoltaikanlage errichtet wurden), 12% beteiligen sich an einer Energiegenossenschaft oder Bürgerenergiegesellschaft und 9 % haben über einen Investmentfonds in Wind- und Solaranlagen investiert (n = 605).

- (27) Bei der Interpretation der Daten ist zu berücksichtigen, dass wir im Vergleich zur Verteilung in der Grundgesamtheit der Bevölkerung weniger Mieterinnen und Mieter und mehr Eigenheimbesitzer in der Stichprobe haben (siehe S. 36). Rest zu 100: „unentgeltlich überlassen“ oder „weiß nicht“
- (28) Dieser Punkt ist besonders für Eigenheimbesitzer relevant. 43% der Eigenheimbesitzer, die nicht investieren wollen, geben an, dass es sich für sie nicht lohne. 37% geben an, dass es für sie zu teuer sei.
- (29) Statistisches Bundesamt (2018): Bevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011. Verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/Zensus_Geschlecht_Staatsangehoerigkeit.html, Letzter Zugriff: 11.02.2019
- (30) Statistisches Bundesamt (2017): Bevölkerung: Deutschland, Stichtag, Altersjahre. Verfügbar unter: https://www-genesis.destatis.de/genesis/downloads/00/12411-0005_00.csv, letzter Zugriff: 11.02.2019
- (31) Statistisches Bundesamt (2014): Haushalte im selbst genutzten Eigentum und Mietwohnungen nach Haushaltstyp in Deutschland 2014. Verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Wohnen/Tabellen/TabellenHaushaltsstruktur.html>, Letzter Zugriff: 11.02.2019.
- (32) (Statistisches Bundesamt (2017): Bevölkerung: Bundesländer, Stichtag. Verfügbar unter: https://www-genesis.destatis.de/genesis/downloads/00/12411-0010_00.csv
- (33) Niehues, Judith (2017): Die Mittelschicht in Deutschland. Vielschichtig und stabil. Institut der deutschen Wirtschaft Köln: IW-Trends 1.2017, 3 – 20. Daten verfügbar unter: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/B7lwy4AXYMOLLGn>, Letzter Zugriff: 11.02.2019
- (34) Statistisches Bundesamt (2018): Bildungsstand. Bevölkerung nach Bildungsabschluss in Deutschland. Verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Tabellen/Bildungsabschluss.html>, Letzter Zugriff: 11.02.2019

Informationen zur Datenerhebung:

	2017	2018
Erhebungszeitraum	15. Juni – 23. Juli	1. August – 11. September
Grundgesamtheit	Privathaushalte in der Bundesrepublik Deutschland; befragt wurde diejenige Person im Haushalt, die – allein oder gemeinsam mit dem Partner – entscheidet, wenn es um finanzielle Dinge geht.	
Stichprobengröße	7.843 Haushalte	6.594 Haushalte Zusätzliche Aufstockung um 307 Haushalte (Sonderstichprobe <i>Lausitz</i>)
Stichprobenfehler	+/- 1,11 Prozentpunkte bei 50/50 (n = 7.843) (bei 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit)	+/- 1,21 Prozentpunkte bei 50/50 (n = 6.594) (bei 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit)
Auswahlverfahren	Mehrstufige Zufallsauswahl im Rahmen des forsa.omninet-Panels	
Ausschöpfung	50,3 Prozent (abgebrochene Interviews: 1.332; Bruttostichprobe: 12.941)	71,1 Prozent (abgebrochene Interviews: 426; Bruttostichprobe: 9.134)

Notizen

www.iass-potsdam.de • www.dynamis-online.de



INNOGY FÜR ENERGIE
UND GESELLSCHAFT
STIFTUNG

KOPERNIKUS
ENavi >>> **PROJEKTE**
Die Zukunft unserer Energie

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



**LAND
BRANDENBURG**
Ministerium für Wissenschaft,
Forschung und Kultur